

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 1,50 Mark monatlich, 1,50 Mark vierteljährlich, 5,00 Mark halbjährlich, 10,00 Mark jährlich. Einzelne Nummern 5 Pfennig. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfennig. Postabonnements: 1,50 Mark pro Monat. Eintragungen in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Ausschluss für Deutschland und Ostpreußen. Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

S W

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 10. Juni 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Klarheit und Wahrheit.

Ein Rückblick auf die letzte Reichstagsstagung.

I.

Die am Donnerstag geschlossene Tagung des Reichstags zeichnet sich vor dessen früheren Kriegstagungen vor allem durch einen Umstand aus. Der Reichstag zeigte sich endlich wieder als das Spiegelbild der Interessen-gegenstände, die im Lande vorhanden sind. Die unnatürliche Zurückdrängung aller der Gefühle und Gedanken, die der Weltkrieg bei den parlamentarischen Vertretern dieser Interessengegenstände ausgelöst hat, konnte vor der Dauer des Krieges und der Wucht seiner Wirkungen nicht aufrechterhalten werden. Das breite Chaos allgemeiner Harmonie hat sich allmählich wieder gelichtet in feste Formen einander gegenüberstehender Interessen. Schließlich hat der Inhalt der parlamentarischen Arbeit ihr Gesicht geformt, die innere soziale Notwendigkeit über die ihr angelegten Fesseln der äußeren Form gesiegt. Diese Scheidung der Geister im Parlament spiegelt letzten Endes nur den gleichen Vorgang im Lande wider, wo er zwar unter dem Kriegszustand stark gebremst, aber nicht verhindert werden kann.

Welches Gebiet parlamentarischer Arbeit des letzten Tagungsabschnitts man auch rückblickend überblicken mag, überall sieht man denselben Grundzug. Klarheit und Wahrheit sind an die Stelle von Verschommenheit und Unwahrheit getreten. Die Zeit der Vogelstraußpolitik ist vorüber. Es ist wieder wie früher geklärt worden, manche Illusionen wurden dabei zerstört. Heute steht unter den Arbeitern auch der Raub der Klaffenden Gegensatz in der Stellung zur europäischen Schicksalsfrage, wie eine Beendigung des Krieges herbeizuführen ist, spürt auch der harmloseste den eisernen Wind des Egoismus aus der Steuerpolitik wehen, wird auch der Vertrauensvolle stäubig über das „Reißer ohne Gest und Klinge“, als das sich die „Reuorientierung“ entpuppt, schreit auch der Frömmste und Geduldigste empört auf über das Uebermaß negativer innerer Freiheit, rebelliert auch der Gemüthsbeste und Bescheidenste über die Zumutung, ein immer größerer Maß von Entbehrungen auf sich zu nehmen, während andere aus seiner Not Millionengewinne machen. Diese Erkenntnis, daß im wesentlichen alles beim alten geblieben ist, allgemein verbreitet zu haben, ist das Verdienst der letzten Tagung des Reichstags.

Es gibt allerdings auch innerhalb der Sozialdemokratie gewisse Kreise, die das bedauern, die neben so manchem anderen Grundzug auch den nach Laßalles bekanntem Wort ersten tatsächlichen Grundzug „Ausprechen, was ist“, längst „zum alten Eisen“ geworfen haben. Diese Kreise hätten es lieber gesehen, wenn im Reichstage alles in dem alten Gleise weitergegangen wäre und sie rechnen es denjenigen sozialdemokratischen Vertretern als schwere Verleumdung an, die ihrerseits dazu beigetragen haben, daß das parlamentarische Spiel sein Ende gefunden hat und auch im Parlament der Vater aller Dinge wieder herrscht. Andererseits dürften die sozialdemokratischen Klassen im Lande diese Wandlung wie eine Erleichterung und Erlösung begrüßt haben. Wenn die Dinge in späterer Zeit einmal aus historischer Perspektive betrachtet werden und alles Beiwert dabei in den Hintergrund tritt, dann dürfte man in der Partei allseitig die letzte Tagung des Reichstags als diejenige während des Krieges betrachten, in der die Sozialdemokraten sich selber wiedergefunden und die ihr das Vertrauen der Volksmassen wiedergewonnen hat. Wer die Sozialdemokratie während des Krieges aus den Berichten über die Verhandlungen des Reichstags zu beurteilen sucht, und darauf ist unter dem Belagerungszustand Freund und Feind der Partei so gut wie ausschließlich angewiesen, der wird erst aus dieser letzten Tagung ein zutreffendes Bild ihres Willens und Wirkens sich haben machen können.

Von Kriegsbeginn bis zum 21. Dezember vorigen Jahres trat die Sozialdemokratie in den Verhandlungen des Reichstags als angeblich geschlossene Einheit auf. Aber diese Einheit war nur Schein. In ihrem Innern klappte längst ein tiefer Gegensatz, der sich von Monat zu Monat erweiterte und verbreiterte hatte. Er war auch kein Geheimnis mehr geblieben. Nicht nur in der Partei, auch in der bürgerlichen Welt kannte man diesen Gegensatz von Schein und Sein. Während im Innern eine starke Minderheit mit der Mehrheit rang, gab diese Mehrheit sich vor dem Parlament und der Öffentlichkeit als die Gesamtheit aus. Von Tagung zu Tagung wurde dieses Reden für die Gesamtfraktion innerlich unwahrer und inhaltsloser, denn immer geringer wurde der ziffernmäßige Unterschied zwischen Mehrheit und Minderheit und immer proungierter wurde gleichzeitig die ausschließliche und einseitige Betonung des Mehrheitsstandpunktes. Immer unerträglicher wurde eine solche Situation für die durch den Fraktionszwang mundtot gemachte Minderheit, in der eine äußerliche Demokratie den Sozialismus, der Wunsch nach Erhaltung der Einheit die Pflicht zur Vertretung sozialistischer Grundsätze niederhielt. Der Dezember 1915 brachte den ersten Durchbruch der niedergehaltenen Energien, aber noch blieb der äußere Rahmen der gemeinsamen Fraktion um die widerstrebenden Elemente erhalten. Der 24. März 1916 zerprengte auch ihn.

Was vorher zurückgedrängt und ausgeschaltet war, tritt jetzt in den Vordergrund, was bisher allein hervortrat, ist zurückgedrängt und auf seine wahre Bedeutung beschränkt. Sprachen früher in einer wichtigen politischen Debatte zwei sozialdemokratische Redner, so waren es zwei proungierte Vertreter der Mehrheit, wie Scheidemann und Landsberg bei der Friedensinterpellation vom 9. Dezember vorigen Jahres. Treten dagegen jetzt in einer Debatte zwei Rednerreihen auf, so ist das Bild ein ganz anderes. Die Mehrheit ist seit der Fraktionspaltung und der Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu größerer Rücksichtnahme auf die in der Fraktion gebliebene Minderheit genötigt und kann sie nicht mehr bei der Ernennung von Rednern für politische Debatten ausschalten. So reden jetzt bei zwei Rednerreihen ein Vertreter der Mehrheit, ein Vertreter der Minderheit der Fraktion und zwei Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, so daß die früher allein zum Wort gekommene Strömung jetzt nur zu einem Viertel unter den Gesamtrednern der Partei vertreten ist. Diese ungewollte Wirkung der Sinausmaßregelung der jetzt in der Arbeitsgemeinschaft wirkenden Genossen gibt dem Gesamteindruck der sozialdemokratischen Reden im Reichstage natürlich einen völlig veränderten Charakter. Nicht nur daß die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft jetzt ohne Rücksicht scharf und grundfänglich auftreten und die Vertreter der Fraktionsminderheit im selben Geiste sprechen, der Ruf nach links tritt auch in manchen der von Mehrheitsvertretern gehaltenen Reden hervor, wenn auch meist nur in der Form des Ausdrucks. Wer rückblickend die Gesamtheit der seit der Fraktionspaltung im Reichstage vorgetragenen Ansichten der sozialdemokratischen Vertreter überblickt, wird im Gegensatz zur Zeit vorher in ihnen den quantitativ und qualitativ adäquaten Ausdruck der tatsächlich in der deutschen Sozialdemokratie vorhandenen Anschauungen finden. Klar und wahr tritt die Sozialdemokratie wieder vor die Öffentlichkeit, so wie sie ist. Sein und Schein stimmen wieder überein.

In Friedenszeiten würden die jetzt im Reichstage hervortretenden tatsächlichen und grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten auf den Parteitag ausgetragen werden und im Parlament nicht offen in die Erscheinung treten. Der Krieg macht einen Parteitag unmöglich und drängt diese sachlichen Meinungsverschiedenheiten in das Licht der Parlamentsverhandlungen, weil diese die einzige Stätte des freien Wortes geworden sind. Wendet sich dies, so ändert sich auch jenes, fällt die Ursache fort, so verschwindet auch die Wirkung. Die sozialdemokratische Bewegung wird auch diese Krise überstehen, aus der sie vor allem auf neue die große Lehre ziehen wird, daß ihre Volks- und Klassenpolitik sich nicht vertragen mit einer Politik der Leisetreterei und des Versteckspiels, sondern eine Atmosphäre der Rücksichtslosigkeit und Offenheit zur ersten Voraussetzung hat.

Teilweise Räumung der nordafrikanischen Gefangenenlager.

Am 10. Juni, Berlin, 9. Juni. (W. L. B.) Die französische Regierung hat durch eine neutrale Botenschaft amtlich angekündigt, daß sie die deutsche Forderung, die kriegs- und zivilgefangenen Deutschen in Nordafrika nach Europa zurückzuführen, zum großen Teile erfüllt hat oder in allernächster Zeit erfüllen wird.

Die Zivilgefangenen in Nordafrika werden sämtlich bis zum 10. Juni nach Frankreich verbracht mit alleiniger Ausnahme derer, die gerichtliche Strafen in Strafanstalten verbüßen. Unter den nach Europa zurückkehrenden Zivilgefangenen befinden sich auch die früher in Dahomey internierten.

Von den etwa 10 000 Kriegsgefangenen in Nordafrika verbleibt dort nur der kleinere Teil, wovon auf Algier und Tunis rund 850 kommen. Es sind die kräftigsten und arbeitsfähigsten Leute. Sie sollen die begonnenen Arbeiten zu Ende führen. Alle übrigen, darunter sämtliche Offiziere einschließlich der Feldwebelleutnants, kehren nach Frankreich zurück. Der erste Transport aus Marokko geht Anfang Juni, ein zweiter Ende Juni.

Die Räumung von Tunis und Algier ist schon größtenteils durchgeführt.

Das Ziel der verantwortlichen deutschen Stellen, nämlich die völlige Räumung Nordafrikas von allen kriegs- und zivilgefangenen Deutschen, bleibt selbstverständlich unverändert.

Eine wichtige Konferenz der Entente.

Amsterdam, 9. Juni. (W. L. B.) In London wurde heute früh, wie Reuters meldet, eine wichtige Konferenz abgehalten. Joffre, Cambon, Grey, Lloyd George und die Mitglieder des Kriegsrats haben daran teilgenommen. Ein amtliches Telegramm des Reuterschen Bureau meldet noch, daß auch Briand, Raquez, Clementel und Denhs Cochin in London angekommen seien, um mit dem britischen Kabinett und dessen militärischen Rätegebern zu konferenzieren.

Kitcheners Nachfolger.

Rotterdam, 8. Juni. (W. L. B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel, daß man sich mit der Ernennung von Kitcheners Nachfolger nicht zu beeilen brauche. Der Premierminister habe das Kriegsamt bereits übernommen gehabt, als der Bericht von Kitcheners Tod kam. Es seien alle Maßregeln getroffen worden, um die Arbeit während Kitcheners Aufenthalt in Rußland fortzusetzen, und diese Arbeit sei fast ganz administrativer Art geworden. Das Blatt fährt fort: Die strategische Leitung des Krieges ist seit langer Zeit in den Händen des Generalstabschefs, der Zutritt zum Kriegsamt des Kabinetts hat. Auch die Aufrufe zum Eintritt in die Armee, bei denen Kitcheners Rat und Ansehen unerschütterbar waren, sind infolge der endgültigen Annahme der Dienstpflicht gegenstandslos geworden. Die Aufgabe des Staatssekretärs für den Krieg läuft gegenwärtig auf die Versorgung der riesigen Armeen im Felde, ihre Ergänzung durch neue Mannschaften und auf die Beschaffung von Lebensmitteln und Ausrüstungen hinaus. Ferner hat er dem Publikum gegenüber die Verantwortung dafür zu tragen, daß die Hilfsquellen des Landes an Menschen und Geld auf vernünftige Weise verwendet werden. Es besteht alle Ursache, zu erwarten, daß Kitcheners Nachfolger ein Zivilbeamter sein wird. Die Enthebung Sir William Robertsons von der Leitung des Generalstabes und die Uebertragung des Kriegsamts an ihn würde unseres Erachtens sehr nachteilige Folgen haben. Seine Tätigkeit in seiner gegenwärtigen Stellung ist außerordentlich wichtig und er hat alle Kräfte gut in der Hand. Er würde an Wert verlieren, wenn er plötzlich ins Parlament verlegt würde. Propheten nennen auch Lloyd George und Milner. Lloyd George darf aber seine Gaben nicht in einem solchen Amt verzetteln. Augenblicklich ist er im Munitionsdienstministerium viel nützlicher. Außerdem muß er für die Aufgabe freigehalten werden, die viel zu sehr vernachlässigt wird, und die vor allem ihm anvertraut ist, das Publikum über die Fragen des Tages aufzuklären und es anzufeuern. Milner wäre noch der beste Staatssekretär für den Krieg. Wir können uns aber schwer vorstellen, daß er in das gegenwärtige Kabinett von Parteimännern aufgenommen werden wird. Das Kabinett wird sich jedenfalls für die Uebernahme des Kriegsamts durch Asquith einsetzen.

Der Korrespondent von „Nieuwe Rotterdamse Courant“ bemerkt dazu, daß diese Auslassungen der „Times“ infolge der engen Beziehungen, die das Blatt zu Lloyd George unterhalte, von Wichtigkeit seien.

Minister Treub über Friedensmöglichkeit.

Nach dem „Nieuwe Courant“ vom 31. Mai hat sich Dr. M. W. F. Treub, der frühere Finanzminister, dem „Niederländische Anti-Dorlog-Raad“ gegenüber in folgender Weise über die Möglichkeit einer Annäherung der kriegführenden Mächte geäußert: „Die Ausfichten, die darauf weisen, daß man mit gutem Erfolg durch Vermittlung zum Frieden komme, sind noch nicht sehr groß. Wohl deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß alle kriegführenden Parteien — soweit sich noch nicht ihr Verlangen nach Frieden offenbart — doch schon einzusehen beginnen, daß sowohl die persönlichen wie auch die wirtschaftlichen und besonders die finanziellen Opfer, die der Krieg verlangt, sich der Grenze dessen nähern, was getragen werden kann. Es ist daher zu erwarten, daß in nicht allzu langer Zeit und, wie ich hoffe, noch vor Beginn des Herbstes ernsthaftere Vermittlungsversuche den verschiedenen kriegführenden Parteien nicht unwillkommen sein werden. Rechtzeitige Vorbereitung solcher Versuche ist also wünschenswert. Was nun die Reden Grey und von Bethmann Hollweg betrifft, so geben mir die Äußerungen Grey mehr Anknüpfungspunkte, um zu Unterhandlungen zu gelangen, als die deutschen Reichstagsreden. Von Bethmann Hollweg stellt sich noch zu ausschließlich auf den Standpunkt, daß der Friede Garantien für Deutschland bieten muß. Solange Deutschland diesen Standpunkt nicht aufgibt, um zu der weiteren Auffassung zu kommen, daß der Friede auf einer solchen Basis geschlossen werden muß, daß nicht nur Deutschland und seine Bundesgenossen, sondern auch die Verbündeten und ebenfalls die neutral gebliebenen größeren und kleineren Staaten dazugehörig sind, bei jeder größeren Meinungsverschiedenheit internationale Ruhestörungen durch Kriegsdrohungen befürchten zu müssen, sei es von Deutschland, sei es von irgendeiner anderen Macht — solange wird meines Erachtens keine Rede von einem dauernden Frieden sein können. Der Friede muß meiner Ueberzeugung nach, wenn er dauernd sein soll, einerseits Garantien geben gegen eine einseitige Beherrschung der See durch England, also die Interessen der anderen großen und kleinen seefahrenden Völker wahren, auch wenn diese Interessen sich nicht mit der britischen Auffassung decken. Andererseits muß er aber auch genügende Garantien bieten gegen die Sucht der militärischen Partei in Deutschland, besonders in Preußen, andere, besonders kleinere Länder zu beherrschen, auch wenn diese Beherrschung die Form eines freundschaftlich aufgedrungenen Bündnisses annehmen sollte. Für einen dauernden Frieden ist notwendig, daß sowohl die Kleinen als auch die großen Staaten frei atmen können.“ (z)

Der französische Tagesbericht.

Paris, 9. Juni. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von Donnerstag nachmittag: In den Argonnen brachten die Deutschen an der Höhe 285 bei Hautchedaube eine Mine zur Explosion, ohne Schaden anzurichten. Die Franzosen haben den Südrand des Sprengtrichters besetzt. An dem linken Ufer der Maas dauerte die Beschließung der zweiten französischen Linien mit Unterbrechungen an. Auf dem rechten Ufer sind die Artilleriekämpfe in der Gegend von Thiaumont und Douaumont sehr heftig. Nach siebenstündigen hartnäckigen Kämpfen gegen immer erneuerte Sturm-

truppen ist die Befähigung am Ende ihrer Kraft angelangt und konnte den Feind nicht mehr daran hindern, das durch die rasende Beschleunigung völlig zerstörte Werk zu besetzen; die Franzosen halten die unmittelbare Umgebung und die Gräben rechts und links vom Fort, vor denen alle deutschen Angriffe durch unser Feuer vereitelt wurden. Der Artillerielampf am Hartmannsweilerkopf bleibt sehr lebhaft.

Paris, 9. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Donnerstag abend. Auf dem linken Maasufer dauerte die lebhafteste Artillerietätigkeit im Abschnitt der Höhe 304 und in der Gegend von Châtinaucourt an. Auf dem rechten Ufer richtete der Feind nach einer heftigen Beschleunigung mehrere Angriffe nacheinander gegen unsere Stellungen westlich und östlich des Thiaumont-gehöftes. Alle Angriffe scheiterten in unserem Sperr- und Maschinengewehrfeuer. Heftige Beschleunigung in der Gegend westlich von Pont-à-Mousson und zeitweilige Beschleunigung auf der übrigen Front.

Belgischer Bericht. Die gegenseitige Beschleunigung hat an verschiedenen Punkten der belgischen Front eine große Festigkeit erreicht.

„Times“ über die Kriegslage.

London, 8. Juni. (W. Z. V.) Die „Times“ schreibt: Die See- und die Tragödie von Lord Kitchener's Tod dürfen uns nicht zu lange von dem immer bedeutender werdenden Charakter des Landkrieges ablenken. Verhältnisse sind jetzt im Gange, die den weiteren Verlauf des Landkrieges in höherem Maße bestimmen können. Wir können die Dimensionen der Kämpfe nicht genug betonen, die jetzt bei Verdun ausgefochten werden. Dieser gigantische Konflikt nähert sich dem Höhepunkt, und wir müssen ihn mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen. Der Artikel erwähnt sodann die russische Offensive und fährt fort: Die bulgarischen Bewegungen in Südmesopotamien werden immer verdächtiger, er glaube nicht, daß die verhältnismäßige Ruhe an der Front von Saloniki noch lange andauern kann. Schließlich ist zu bemerken, daß der Feldzug in Mesopotamien mit dem Fall von Kut nicht zu Ende ist. Jetzt, wo das Uppratheden teilweise schiffbar ist, können und die türkischen Verhältnisse über die Bewegungen bei Bagdad nicht gleichgültig lassen. Die englische Regierung muß sich sicherstellen, daß die ziemlich isolierte britische Garnison bei Kasr-i-Schikh nicht auch eingeschlossen wird.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 9. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 8. Juni.

Westfront. Die Offensive unserer Truppen von Nowo in der Richtung auf Kowel nimmt ihren Fortgang. Der geschlagene Feind wird verfolgt, die Stellungen bei Lutz sind nach Kampf genommen, die Stadt selbst besetzt. An einigen Stellen haben unsere Truppen nicht nur den Jtwa- und Stry-Abchnitt erreicht, sondern haben ihren Angriff noch darüber hinausgetragen.

Galizien. An der unteren Strypa nahm unsere Infanterie mit Artillerieunterstützung in energischem Stoß die starken Befestigungen in der Linie Trybuchowce (5 Kilometer südöstlich Buczac) — Jaslowiec und stieß bis zur Strypa vor. Außer den 40 000 Gefangenen und der Beute, die gestern gemeldet wurde, sind wiederum im Laufe des gestrigen Kampfes 58 Offiziere und etwa 11 000 Soldaten gefangen worden. Wir erbeuteten weiter eine Anzahl Geschütze und Maschinengewehre, die jedoch nicht gezählt sind. Ferner fielen uns Waffenlager, Feldküchen und Fernsprengeräte in die Hände.

Das Ergebnis der Kämpfe vom 4. bis zum 7. Juni in Böhmen und Galizien kann nach den erzielten Erfolgen als bedeutender Sieg unserer Waffen angesehen werden, es ist ihnen gelungen, der starken feindlichen Front ein tiefes Loch zu schlagen.

Danabfront: Im Seengebiet südlich Danaburg an einigen Stellen heftiges Gewehrfeuer. Die Deutschen vereinigten ihre Artilleriefeuer auf den Brückenkopf Negall. Derliche Angriffsversuche der Deutschen südlich Smorgon wurden durch Feuer abgewiesen. Südlich Krowo machte die feindliche Artillerie Feuerüberfälle auf unsere Stellungen.

Kaukasus: Die Lage ist unverändert.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 8. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Im oberen Valle d'Aosta dehnten unsere Alpentruppen die Befestigung des Ortlergebirges auf die Pässe Canosci (3100 Meter), Volontari (3042 Meter), Driler (3350 Meter) und auf die Hochsch. Hütte (3330 Meter) aus. Im Gheistal griff eine feindliche Abteilung unseren Posten bei Scorzade oberhalb von Daone an, sie wurde im Gegenangriff zertrümmert. Im Gebiet des Vesichales Artillerielampf. Feindliche Geschütze von schwerem Kaliber beschossen gestern unsere Stellungen südlich vom Camerastusse und auf dem Pasubio. Unsere Batterien zertrümmten feindliche Abteilungen nördlich von Marco (im Lagarinal) und im Brandal und beschossen die feindlichen Batterien von Bozzacchio erfolgreich. An der Front von Postina bis Aftach zeitweilige Tätigkeit der Artillerie. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden wütete die Schlacht an der ganzen Ausdehnung der Front. Am Abend erneuerte der Feind nach harter artilleristischer Vorbereitung seine Angriffe gegen unsere Stellungen südwestlich und südlich von Asiago. Der Kampf wurde mit Erbitterung die ganze Nacht zum 7. Juni fortgeführt und endete am Morgen mit einer Niederlage der angreifenden Kolonnen. Gestern nachmittags erneuerte der Feind seine Anstrengungen gegen das Zentrum und den rechten Flügel unserer Linie. Nach der üblichen heftigen Beschleunigung stürmten starke Infanteriemassen mehrere Male zum Angriff gegen unsere Stellungen südlich von Asiago und östlich vom Tale Campomulo vor. Sie wurden jedesmal mit ungeheuren Verlusten zurückgewiesen. An der übrigen Front bis zum Weere Artillerietätigkeit und die gewöhnlichen Vorstöße unserer Abteilungen. Im Gebiete des Monte San Michele verursachte unser wohlgezieltes Geschützfeuer Explosionen und Brände in den feindlichen Linien. Cadorna.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 9. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht:

An der Trakfront ist die Lage unverändert.

An der Kaukasusfront fanden gestern keine wichtigen Unternehmungen statt, abgesehen von unbedeutenden Patrouillen- und Vorpostengefechten auf einigen Abschnitten der Front. Am linken Flügel wurde ein überraschender Angriff, den der Feind mit schwachen Kräften unternommen hatte, mit Verlusten für den Feind abgeschlagen.

Wir verjagten aus dem Gebiet der Meerengen zwei französische Flugzeuge, die über Sedd ul Bahr und Rum Kale flogen. Ein Patrouillenboot des Feindes, welches versuchte, sich nach Ada zu nähern, wurde von zwei unserer Artilleriegeschosse getroffen und mußte sich auf die hohe See zurückziehen, nachdem es einen Erwiderschuß abgefeuert hatte.

An der Front bei Aden wurden zwei feindliche Flugzeuge durch unser Feuer beschädigt und abgeschossen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 9. Juni 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Artillerie brachte bei Hions (südwestlich von Peronne) feindliche Munitionslager zur Zündung; sie beschloß feindliche Lager und Truppentransporte am Bahnhof Suippes (in der Champagne) und hatte auf dem westlichen Maasufer sichtlich gute Erfolge gegen französische Batterien sowie gegen Infanterie und Lastkraftwagenkolonnen.

Rechts der Maas schreitet der Kampf für uns günstig fort. Feindliche mit starken Kräften geführte Gegenangriffe am Gehölz von Thiaumont und zwischen Chapitre-Wald und der Feste Bang brachen ausnahmslos unter schwerer feindlicher Einbuße zusammen.

In den Vogesen östlich von St. Die gelang es, durch Minensprengungen ausgedehnte Teile der feindlichen Gräben zu zerstören.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Bei den deutschen Truppen keine Veränderung.

Oberste Heeresleitung.

Der U-Boot-Krieg im Mai.

Amtlich. Berlin, 9. Juni. (W. Z. V.) Im Monat Mai wurden durch deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote und durch Minen sechsundfünfzig Schiffe des Bierverbandes mit einem Bruttogehalt von 118 500 Registertonnen versenkt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 9. Juni. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe im Nordosten waren gestern weniger heftig. Bei Koltz, nördlich von Nowo Alexiniec, nordwestlich von Tarnopol und am Dnjestr wurden russische Angriffe unter schweren feindlichen Verlusten abgeschlagen. An der bessarabischen Grenze herrschte Ruhe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Asiago eroberten unsere Truppen den Monte Sijemel und nördlich des Monte Reletta den von Alpini stark besetzten Monte Castelgomberto. Unsere schweren Mörser haben das Feuer gegen den Monte Liffer, das westliche Panzerwerk des besetzten Mannes von Primolano, eröffnet.

Die Zahl der gefangenen Italiener hat sich um 28 Offiziere und 550 Mann, unsere Beute um 5 Maschinengewehre erhöht.

Unsere Marineflieger besetzten die Wohnanlagen von Portogruaro, Latisana, Palazuolo, den Juncshafen von Grado und eine feindliche Seeflugzeugstation ausgiebig mit Bomben. Unsere Landflieger warfen auf die Bahnhöfe von Schio und Plovenca Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hoefler, Feldmarschallleutnant.

Die Blockade Griechenlands.

Athen, 8. Juni. (W. Z. V.) Neuter meldet, obwohl noch keine amtliche Kundmachung vorliegt, glaube man, daß die Blockade der griechischen Handelsflotte seit 7. Juni in Kraft sei. In Schiffsregistern im Piräus habe der plötzliche Schlag eine niedermetrierende Wirkung gehabt. In amtlichen Kreisen herrsche fieberhafte Tätigkeit. Es würden häufige Konferenzen abgehalten. Der Ministerpräsident sei in ständiger Fühlung mit dem König.

Amsterdam, 9. Juni. (W. Z. V.) Die „Times“ meldet aus Athen, daß die dortigen Blätter berichten, daß die britischen Kriegsschiffe, die bei Saleron signalisiert wurden, den griechischen Schiffen verwehrt, in den Piräus und in die Häfen von Siro und Milos einzufahren oder sie zu verlassen. Man glaubt infolge dessen, daß die Blockade schon in Kraft ist. Nach der Besetzung des Forts Rupel teilten die Befandten der Entente der griechischen Regierung mit, daß die Folgen ernst sein würden, wenn den bulgarisch-deutschen Truppen gestattet würde, weiter auf griechischem Gebiet vorzudringen.

London, 9. Juni. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. „Daily Telegraph“ berichtet aus Saloniki: Alle griechischen Dampfer, die auf dem Wege nach griechischen Häfen angetroffen werden, werden nach Malta oder nach französischen Mittelmeerhäfen geschickt. Man weiß hier nicht sicher, was die Alliierten von Griechenland verlangen, ehe sie die Handelsblockade anwandten. Es wird aber von maßgebender Seite berichtet, daß die sofortige Demobilisierung der Armee zu diesen Forderungen gehörte.

Amsterdam, 9. Juni. (W. Z. V.) Ein hiesiges Blatt berichtet aus London, daß zwanzig griechischen Schiffen in englischen Häfen die Lieferung von Munitionswaren verweigert wurde. Sie mußten die Docks verlassen, um für andere Schiffe Platz zu machen.

Prinz Alexander stellt sich an die Spitze der serbischen Truppen.

Von der Schweizer Grenze, 9. Juni. (Z. U.) Dem Pariser „Journal“ wird aus Korfu gemeldet: Der letzte serbische Transport nach Saloniki hat am 5. den Hafen von Korfu verlassen. Auf den Straßen begrüßte der serbische Kronprinz seine Verwandten. Der Bolinmode Putin begleitete den Prinzen Alexander, der erklärte, Frankreich habe zweimal die serbische Nation gerettet. Der Prinz fügte bei, wir stehen vor großen Aktionen. Die neugebildete serbische Armee nimmt heute die Ehre für sich in Anspruch, in der Vorhut zu kämpfen, um Frankreich zu beweisen, daß sie in seiner Nähe an Tapferkeit und Willen zugenommen hat. Nach der Habas-agentur wird Prinz Alexander in einigen Tagen abreisen, um sich an die Spitze der Truppen an die Seite des Generals Serrail zu stellen. König Peter erklärte, er wolle dort sein, um der erste auf dem Boden seiner Vorfahren zu sein.

Seegefecht an der flandrischen Küste.

Brügge, 8. Juni. (W. Z. V.) Heute morgen fand vor der flandrischen Küste ein Artilleriegefecht auf große Entfernungen zwischen deutschen Vorpostenbooten und feindlichen Monitoren und Zerstörern statt. Mehrere unserer Geschütze wurden als gut denkend beobachtet. Der Feind zog sich darauf in Richtung von Dünkirchen zurück. Die deutschen Streitkräfte erlitten keine Beschädigungen. Nachmittags wurde von einem unserer Seeflugzeuge ein französisches Kampfflugzeug ab-

geschossen. Die Insassen wurden von einem unserer in der Nähe befindlichen U-Boote aufgenommen und in den Hafen gebracht.

Ueberlebende der „Hampshire“.

London, 9. Juni. (W. Z. V.) Die Admiralität teilt mit, daß ein Deckoffizier und elf Mann der Besatzung der „Hampshire“ lebend auf einem Floß angetrieben sind.

Auf eine Mine geraten.

Paris, 9. Juni. (W. Z. V.) Die „Petit Journal“ meldet, befürchtet man in Nantes den Untergang des großen französischen Dreimastlers „Ernest Reher“, der im Februar Südafrika verlassen hat und längst überfällig ist. Aufgebundene Bratdrücker lassen vermuten, daß das Schiff bei Ouessant auf eine Mine gelaufen und mit samt seinen 35 Mann untergegangen ist.

Verhütung des chemischen Kriegs.

Ende Mai fand in Rouen eine französisch-belgische Manifestation statt, an der verschiedene Mitglieder der belgischen Regierung, unter ihnen Vanderbelde, teilnahmen. Die französische Regierung war durch Herrn Paul Painlevé vertreten. Die „Humanité“ bringt die Rede, die Genosse Vanderbelde bei dieser Gelegenheit gehalten hat, vollständig zum Ausdruck. Selbstverständlich sieht Vanderbelde auch jetzt die Möglichkeit, zu einem dauernden Frieden zu gelangen, nur in einem Sieg Frankreichs und seiner Verbündeten. Selbstverständlich wollen die belgischen Arbeiter alles, auch das Schmerzlichste, um nicht einen deutschen, sondern einen dauerhaften und endgültigen Frieden zu erhalten. Die Rede unterscheidet sich im Ziel also kaum von früheren. Es wird nichts mehr gesagt von einem Kampf, bis kein deutscher Soldat mehr auf belgischem Boden steht, aber es wird noch einmal das Wort Bränds wiederholt, das dieser im Jahre 1915 gegenüber einem Korrespondenten der „Times“ prägte:

„Die Politik Frankreichs faßt sich in diesen Worten zusammen: der Friede durch den Sieg. Der Friede ist Wiederherstellung des Rechts jeden Landes, seine eigene Zivilisation zu pflegen, und im Sieg verleihe ich die Vernichtung des deutschen Militarismus.“

Es gebe keinen Belgier, der diese Worte nicht unterschreibe. Aber man muß auf diesen Worten die vollständige Bedeutung und die Konsequenzen ableiten. „Der Friede würde nur eine Illusion sein, wenn er vorübergehend sein sollte; der Friede würde ohne ein Morgen sein, wenn der Militarismus, den er vorgibt zu vernichten, wieder sein Haupt erheben könnte. Wenn man übrigens davon reget, den deutschen Militarismus zu zerstören, die Ursache des gegenwärtigen Krieges, dringt man bis zum Notwendigsten vor, aber man sagt nicht alles...“ Der Militarismus ging allgemein muß zum Verschwinden gebracht werden; da in diesem Wort eine Gruppe von Institutionen zu verstehen ist, die den Krieg vorbereiten, muß das Ziel aller Institutionen die Erhaltung des Friedens werden.“

Man hat verlangt, daß dies der letzte Krieg sein solle. Die Frage erhebt sich, wie soll das Ideal in die Wirklichkeit umgesetzt werden? Man hat von dem Nationalitätenprinzip geredet und von der Notwendigkeit, die Grenzen zu reaktivieren. Das ist richtig. Aber es ist ein Irrtum, zu glauben, daß dadurch der Welt ein dauerhafter Friede gegeben werde. Der Irrtum wird noch größer, wenn man glaubt, das Resultat durch Auserlegung von Kriegsschädigungen oder durch Prohibitivverträge, durch Zollbarrieren erreichen zu können. Das heißt argumentieren, als ob wir noch im Jahre 1815 wären, wo man durch eine starke Grenze oder den Besitz guter Festungen oder durch die Auserlegung von drückenden Kriegsschädigungen den Wunsch nach Revanche paralysieren zu können glaubte. Der Krieg hat jedoch so vollständig seinen Charakter verändert, daß man ihm nicht durch Bedingungen, die nach der Vergangenheit berechnet sind, ein Ende setzen könnte.

Die größte Beachtung müsse der Kongress der Zukunft der Tatsache schenken, daß die ganze Zivilisation ein Opfer der Wissenschaft geworden ist, die sie geboren und genährt hat.“

Michelet hat 1870 gesagt, daß die Maschine den Krieg umwandeln würde, daß sie mehr und mehr der Zerstörung dienen würde, daß diese Mechanik des Todes einen Rivalen in der militärischen Chemie haben würde. Seine Prophezeiung ist eingetroffen. Die Festungen sind keine Hindernisse mehr. Die Tiefen des Meeres schütten die Todesmaschinen, die unbemerkt eine Flotte im Zeitraum einer Nacht zerstören können. Die Luft wie der Schoß des Meeres öffnen den Weg für Maschinen, die in Brand stecken und töten. Auf der Erde bedroht die noch in ihren Anfängen stehende militärische Chemie ganze Regionen mit Erstickung und Vergiftung. Die drahtlose Elektrizität hat noch ihr militärisches Ideal verwirklicht, das darin besteht, auf Entfernungen hin Munitionsdepots, Werkstätten, selbst Städte in die Luft zu sprengen; aber sie kann es morgen verwirklichen, sie ist auf dem Weg zu diesem Erfolg!...“

Vanderbelde malt weiter ein grauenhaftes Bild der Zerstörung, das der Erfolg einer sich weiter entwickelnden Chemie sein würde. Es handelt sich deshalb darum, den „tollen Hund“ für immer zu bändigen, der die Welt bedroht, die Wissenschaft, die in den Dienst der Zerstörung gestellt ist, einer strengen Disziplin zu unterwerfen, in der ganzen Welt die Mittel des Kollektivmordes zu verbieten, die Mechanik und die Chemie den Werken des Friedens zuzuführen. Man müsse zu einer internationalen Verständigung gelangen, daß, wenn in einem Staate die Regierung die Existenz einer Giftfabrik erfährt, sie die Zerstörung der Fabrik und der Ofte anordnen muß; sie muß darüber wachen, daß die Fabrik nicht für dieselben Zwecke wiederaufgebaut wird. Was für einen Staat gilt, muß auch für die Gemeinschaft der Staaten gelten.

Eine Uebereinstimmung der Staaten sei keine Schimäre. Sie besteht in bezug auf manche Dinge, wie z. B. auf Maßnahmen gegen die Pest und die Cholera. Sie muß erreicht werden zur Verhütung der Vorbereitung des mechanischen und chemischen Kriegs.

Der Frieden von morgen muß basieren auf Garantien mit Sanktionen, er muß ein internationales Recht stipulieren.

Zu einem solchen Frieden kann man aber nur durch den Sieg der Verbündeten gelangen.

Vanderbelde weist in seiner Rede auf ein sehr ernstes Problem hin, das bei dem künftigen Friedensschluß gelöst werden muß, wenn der Welt wirklich ein dauernder Frieden beschieden sein soll. Aber wir fragen uns, ist es notwendig, daß der Besprechung dieser Fragen noch einmal eine Zeit furchtbaren Werdens vorhergeht? Können nicht alle Regierungen in friedlichen Verhandlungen diese Sicherungen des künftigen Friedens besprechen? Sollten sie nicht wetteifern in Vorschlägen wie Kriege zu vermeiden sind, anstatt eine ängstlicher bemüht wie die andere ihre Ziele verborgen zu halten? (z)

Die französische Kammer über Verdun.

Paris, 9. Juni. (W. Z. V.) Laut „Petit Parisien“ wird sich die Generalkommission in den nächsten Sitzungen mit dem Antrag des Abgeordneten Sirte Quentin befassen,

die bisher als Sanitätsmannschaften verwendeten Geistlichen in die Fronttruppen einzureihen.

Abel Ferry hat seine Demission als Bericht-erstatler über die Ereignisse bei Verdun, die er eingereicht hatte, weil ihm die versprochenen amtlichen Urkunden vom Kriegsministerium nicht zur Verfügung gestellt waren, zurückgenommen.

Bei Beginn der gestrigen Kammeritzung wurden zwei neue Interpellationen eingebracht, eine über die Vorgänge bei Verdun und eine von Maginot über die Mittel, welche die Regierung zu ergreifen gedenke, um den Sieg zu sichern. Beide werden wahrscheinlich in Verbindung von Javre in der geheimen Sitzung am 16. Juni erörtert werden.

Der Einfluss des Parlaments in Frankreich.

Aus Amsterdam schreibt man uns: In einem Artikel, worin der Herausgeber der „Daily News“, A. G. Gardiner, seine Eindrücke von einer Reise nach Frankreich wiedergibt, lesen wir:

„Das Parlament hat einen Grad der Macht erreicht, der hier (d. h. in England) unbekannt ist. Das Publikum kennt die Wahrheit über den Krieg weit weniger als wir, aber das Parlament weiß viel mehr als das unsere. Durch die Armee-, die Marine-, die Finanzkommission usw. hat die ganze Mitgliedschaft eine genaue Bekanntschaft mit den Tatsachen und übt einen bedeutenden Einfluss auf die Politik und die Ereignisse aus. Jeder, der die zwei Länder kennt, muß zum Urteil kommen, daß das französische System für eine in einem Kampf auf Leben und Tod stehende Demokratie das richtige ist.“

Daß ein System, das die Pressefreiheit aufhebt, für eine Demokratie das richtige sei, darüber werden konsequente Demokraten anderer Meinung sein als der Herausgeber der „Daily News“, der in seinem Jörn über die struppellose Northcliffe-Presse recht unbefonnene Dinge schreibt. Aber welches Urteil wird man über Länder fällen, wo weder die Pressefreiheit noch die Macht der Volksvertretung vorhanden ist?

Die parlamentarische Opposition in Frankreich.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Außer Blanc, Brizon und Raffin-Dugens, die sich auf den Boden der Zimmerwalder Konferenz stellen, gehören zur Opposition, die sich um Longuet gebildet hat, die folgenden Abgeordneten: Detouille, Vernard, Dubras, Vuiffon, Barabant, Jean Bon, Dequise, Aubriot, Giray, Goude, Ramus, Raperas, Mistral, Vabal, Jean Longuet, Poncet, Valère, Sabin, Valin, Valette, Morin, Baillet, Pressimane, Sirte-Duquint und einige andere, die sich aber nicht mit gleicher Entschiedenheit als die oben erwähnten für die Wiederaufnahme internationalen Beziehungen ausgesprochen, deren Opposition sich vielmehr auf die innerpolitischen Verhältnisse bezieht und die somit nicht vollständig zur Opposition gehören.

Die englische Arbeiterschaft im Kriege.

Vor kurzem sind die offiziellen Berichte des englischen Handelsamtes für 1915 erschienen, die auf Grund reichhaltigen statistischen Materials einen Einblick in die Lebensverhältnisse jenes immerhin recht beträchtlichen Teils der englischen Arbeiterschaft gewähren, der von der amtlichen Statistik erfasst wird. Da uns die Berichte selbst nicht zugänglich waren, benutzen wir einen Auszug aus ihnen, den Genosse Maicki in einem russischen Blatt veröffentlicht, um die Arbeits- und Lohnverhältnisse der englischen Arbeiterschaft in den ersten Kriegsjahren zu kennzeichnen.

In erster Linie kommt hier der Beschäftigungsgrad der Arbeiterschaft in Betracht. Auch in England hat der Krieg nicht jene katastrophale Arbeitslosigkeit hervorgerufen, wie man befürchtet hatte. Einestheils entlasteten die Millionen der Heeresangehörigen den heimischen Arbeitsmarkt, der absolut weit relativ in allen kriegführenden Ländern zusammengekrumpft ist, andererseits machten die ungeheuren technischen Bedürfnisse des Krieges eine solche Anspannung der Produktionskräfte erforderlich, daß die Angehörigen der stillstehenden oder schlechtgehenden Industriezweige trotz dem Beschäftigung fanden.

Nach den amtlichen englischen Berichten belief sich die Zahl der Arbeitslosen (gegenüber der Gesamtzahl) auf:

Juli 1914	2,8 Proz.	April 1915	1,2 Proz.
August	7,1	1,2	
September	5,9	1,0	
Oktober	4,4	0,9	
November	2,9	1,0	
Dezember	2,5	0,9	
Januar 1915	1,9	0,8	
Februar	1,6	0,6	
März	1,3	0,6	

Im Durchschnitt des Jahres 1915 belief sich die Arbeitslosigkeit in England auf 1,1 Proz. Diese Zahl steht in der englischen Statistik einzig da, denn selbst in den Jahren der größten industriellen Prosperität belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf 2 bis 3 Proz.

Weniger günstig liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet der Arbeitslöhne. Allerdings zirkulieren auch in England in den bürgerlichen Kreisen Gerüchte über fabelhaft hohe Arbeiterlöhne, und es ertönen Lamentationen über den Luxus der Arbeiter und Arbeiterfrauen, und sozialistische Institutionen erörtern fortgesetzt Maßnahmen, die die Arbeiter zum „Sparen“ anhalten sollen. Allein im Lichte der amtlichen Statistik erscheint das rosig Bild des plötzlichen „Wohllandes“ der Arbeiter als eine gewaltige Ueber-treibung. Freilich gibt es eine Schicht der Arbeiter — vorwiegend in der Nahrungindustrie — deren Löhne außerordentlich gestiegen sind. Aber auf die wirtschaftliche Lage der breiten Massen haben diese Lohnsteigerungen keinen wesentlichen Einfluß ausgeübt.

Die amtliche Statistik liefert hier folgendes Bild. Insgesamt stellt sie im Jahre 1915 Lohnveränderungen bei 3 165 000 Arbeitern fest, und zwar belief sich die durchschnittliche Steigerung ihrer Lohnsumme pro Woche auf 608 000 Pfund Sterling (= 12,3 Millionen Mark) oder pro Person auf 3 Schilling 10 Pence (= 8,90 Mark). Das ist im Durchschnitt eine Lohnsteigerung von nicht mehr als 10 bis 15 Prozent. Nach den einzelnen Industriezweigen geordnet ergibt die Lohnsteigerung pro Person und Woche folgendes Bild:

Zahl der Arbeiter	Lohnsteigerung pro Person u. Woche
Kohlenbergbau	859 000 6 Sch. 8 Pence (= 8,87 M.)
Stahl und Eisen	111 000 5 Sch. 9 Pence (= 8,86 M.)
Maschinen- u. Schiffbau	600 000 3 Sch. 8 Pence (= 8,74 M.)
Textilindustrie	597 000 1 Sch. 6 Pence (= 1,63 M.)

Nun ist allerdings diese Lohnsteigerung höher als in jedem der vorhergehenden Jahre, auch ist die absolute Steigerung der Löhne infolge der mehr als sonst angewandten Leberstunden höher als aus der obigen Tabelle hervorgeht (in keinem Falle aber höher als 80 Proz.), und etwa 1 1/2 Millionen Arbeiter und Angestellte (Seelen-, Eisenbahnangestellte, Handlungsgehilfen usw.), die im Jahre 1915 Lohn-erhöhungen erhielten, sind in die obige Statistik nicht eingeschlossen.

Trotzdem kann festgestellt werden, daß die im Vorjahr erzielten Lohn-erhöhungen weit hinter den im Umlauf befindlichen übertriebenen Vorstellungen zurückbleiben.

Nun kommt aber noch hinzu, daß nach den Angaben derselben amtlichen Statistik die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel (im Kleinhandel) im Dezember 1915 um 44 Proz. höher standen als im Juli 1914 und um 28 Proz. höher als im Januar 1915. Daraus folgt aber, daß selbst die Lohnsteigerung der am besten bezahlten Arbeiter kaum ausreichte, um die erhöhten Kosten der Lebenshaltung zu decken. Noch schlimmer ist natürlich die Lage der breiten Massen der Arbeiter, deren Nominallohn gar nicht oder nur wenig gestiegen ist (von insgesamt 12 Millionen Arbeitern registriert die amtliche Statistik eine Lohnsteigerung nur bei 4 1/2 Millionen). Der Effekt ist, daß der Reallohn bei den bezahlten Arbeitern etwa auf derselben Höhe geblieben, bei der großen Mehrheit jedoch stark gesunken ist. Berücksichtigt man noch, daß ein großer Teil der Lohnsteigerung nur um den Preis hartnäckiger Kämpfe gegen das Kapital durchgesetzt worden ist, das sich nur ungern dazu bequemt, den Arbeitern mindestens einen Teil der erhöhten Kosten der Lebenshaltung zu erlesen, so erkennt man, daß selbst in England, wo die Arbeiterklasse sich relativ die größte Bewegungsfreiheit im wirtschaftlichen Kampf bewahrt hat, der Hinweis auf die „Segnungen“ des Krieges für die Arbeiterschaft in das Reich der Fabel verwiesen werden muß.

Frauenarbeit und Frauenstimmrecht.

Ein längerer Aufsatz in der „Nation“ vom 27. Mai kommt zu folgenden Schlußfolgerungen: Allgemein herrscht die Auffassung, daß die Frauen Englands während des Krieges heroische Dienste geleistet und sich als eine Reserve erwiesen haben, die allerdings bisher nur halbwegs benutzt wurde, und die die Nation zu ihrem Schaden vernachlässigt hat. Das Problem des Frauenstimmrechts taucht erneut auf. Die Nation hat gesehen, daß sie ihr eigenes Leben schädigt, wenn sie dem der ganzen Fähigkeit und der Allgemeinheit dienenden Geist der Frauen nicht volle Entwicklungsmöglichkeit bietet. Wir können nicht der Zukunft entgegensehen, wenn wir nur die Hälfte der Geisteskraft des Volkes in Anspruch nehmen. Gegen das Frauenstimmrecht zu sagen, daß der Staat auf physischer Kraft beruht, nennen wir jetzt Preuzentum. Die Umformung der Industrie durch Mobilisierung der Frauen, die während des Krieges stattgefunden hat, wird teilweise dauernd bleiben und muß uns in Frieden Fragen der Neuordnung vorlegen, die sich auf Arbeitsteilung, Lohnhöhe und ähnliches erstrecken. Wenn wir die Frauen nicht an der Lösung dieser Fragen teilnehmen lassen, die für ihre und unsere Zukunft maßgebend sind, laufen wir Gefahr, eine einseitige Lösung zu finden. Die Nation hat den Willen, die Frauenstimmrechtsfrage bald und entgegenkommend zu lösen.

Zur italienischen Kammereröffnung.

Lugano, 9. Juni. (Z. U.) Die Vorgänge bei der Kammereröffnung haben gezeigt, daß die parlamentarischen Verhältnisse innerhalb der Kammer und die Stimmung in den Parteien doch eine ganz andere ist als während der letzten Session im März, wenn auch die kriegerischen Räumlichkeiten in den Kammern die Oberhand behalten und die Regierungsgegner terrorisiert haben. Die sozialdemokratischen Blätter weisen darauf hin, daß diesmal die Journalisten der Presse tribüne, von denen fast alle mit einzelnen Ausnahmen Vertreter der Kriegspolitik sind, es waren, die durch ihr standesgemäßes Eingreifen in die Vorgänge und Verhandlungen im Sitzungssaal den Kriegskrummel anzettelten und damit Salandra keinen Dienst erwiesen. Sandras eigenes Benehmen während des Kummals habe den besten Beweis dafür gegeben, denn er sei in jenem Augenblick furchtbar blaß und nervös geworden.

Das Organ Sonninos, das offiziöse „Giornale d'Italia“, versucht die Unruhestifter, deren Unterstützung das Kabinett ja bedarf, auf der einen Seite, und die sozialistischen Antikriegsinterpellanten, deren Vorgehen nicht mehr ignoriert werden kann, auf der anderen Seite, zu beruhigen und zu beschwichtigen. Das Blatt appelliert an den Patriotismus beider Teile und beschwört geradezu die Abgeordneten und Journalisten, daß es höchste Pflicht und Klugheit sei, zu schweigen. Wenn die Regierung den richtigen Moment für gekommen halte, werde sie schon reden. — Der „Avanti“ geht nun mit diesem Beschwörungsortikel des „Giornale d'Italia“ und dem Verhalten der Regierung scharf ins Gericht. Es sei wohl zu verstehen, daß die Regierung wünsche, das Volk und die Abgeordneten mächtig schweigen, denn sie fühle und wisse, daß, wenn das Schweigen gebrochen werde, ihre Handlungen ein schweres Verdammungsurteil über sich ergehen lassen müßten. „Avanti“ bemerkt weiter, es gebe aber doch eine größere Klugheit und größere Pflicht des Volkes, die Handlungen der Regierung zu kontrollieren. Den Rat des „Giornale d'Italia“, über die militärischen Ereignisse und deren Ergebnisse zu schweigen, könne man unter keinen Umständen annehmen. Den journalistischen Organen der Kriegsheer sei gestattet, zu reden und zu schreiben, so viel sie wollten, namentlich hinsichtlich der Verteidigung und Lobpreisung der Regierungshandlungen, aber die Kriegsgegner müßten schweigen. Den Kriegsbegehren der Presse sei die Freiheit gewährt, zu kritisieren, die Wahrheit dürfe aber nicht gedruckt werden. Die offiziellen Blätter hätten das Recht, jeden Tag die verschiedensten langen Ruhm-redereien zu fabrizieren, aber niemand dürfe in Italien verbreiten, was beispielsweise die Engländer über die Seeschlacht in der Nordsee selber drucken. Niemand in Italien dürfe die Wahrheit über die Offensive im Trentino veröffentlichen. Der „Avanti“ erklärt: Für uns besteht die Pflicht, zu schweigen, für die anderen das Recht, zu lügen und das Volk irre zu führen. Die parlamentarische Gruppe der Sozialisten werde aber ihre Pflicht erfüllen und die Regierung, ob sie nun wolle oder nicht wolle, für die Ereignisse verantwortlich machen, weshalb sie unter allen Umständen eine Distinktion herbeiführen werde.

Aus der italienischen Kammer.

Rom, 8. Juni. (Z. U.) In der heutigen Kammeritzung schlug der republikanische Abgeordnete Chiesia vor, die Debatte über den Etat des Innern zu unterbrechen, um der Regierung Gelegenheit zu geben, in einer ihr angenehmen Form die erforderlichen Mitteilungen über die militärische Lage sowie über die zur Sicherung des Sieges getroffenen Maßnahmen zu machen. Der offizielle Sozialist Rodigliani schloß sich, obgleich von einem anderen Standpunkt ausgehend, dem Vorschlag Chiesias an, und fügte hinzu: Wenn die Regierung der Meinung ist, daß geheime Sitzungen zweckmäßig sind, werden die Sozialisten dem zustimmen. Der reformistische Sozialist Bissolati bemerkte, daß die Regierung der Kammer über die militärische Lage nicht viel mehr sagen könnte, als was die amtlichen Heeresberichte dem Lande bekanntgegeben hätten. Italien verfüge über mehr als ausreichende Kräfte, um die Lage zu beherrschen. Bissolati schlug daher der Kammer vor, die Arbeiten fortzusetzen, bis die Regierung greifbare Vorschläge mache. Ministerpräsident Salandra sagte: Wir müssen uns selbst die größte äußere und innere Ruhe auferlegen. Ich freue mich, in öffentlicher Sitzung sagen zu können, daß es trotz der Schwere dieses Krieges, die wir vorausgesehen hatten, und trotz der Kraft des Feindes keinen Grund dafür gibt, daß das Land in Aufregung gerät. Salandra betonte die Unwider-sprechlichkeit einer übereilten Debatte. Die Regierung wünsche, daß die Debatte über die vorläufige Budgetmaßnahme am Montag stattfinden, was somit Gelegenheit bieten werde, die allgemeine und die militärische Politik der Regierung in einzelnen zu besprechen. Chiesia zog seinen Antrag zurück, indem er sein Vertrauen darauf ausdrückte, daß die Regierung bald dem Parlament den von ihr gewählten Weg mitteilen werde. Damit war der Zwischenfall erledigt. Die Kammer ging zur Erörterung des Etat der Kolonien über, in deren Verlaufe Kolonialminister Marini erklärte, die Verhältnisse in Tripolitanien besserten sich. Was die Aynenaisa betreffe, so glaube er an eine baldige Pazifizierung.

Die Sozialisten in der italienischen Kammer.

In der Kammeritzung vom 7. d. M. kam es nach einem Telegramm des „Berl. Tagebl.“ zu überaus heftigen Szenen. Als gleich zu Anfang Gallenga Kitcheners Gedächtnis feierte und einen Hymnus auf Englands Meer und Englands Flotte anstimmte, welche die Herrschaft über das Meer besitze, warf der Sozialist Razzoni höhnisch ein: „Man sieht es!“ Wildes Protestgeschrei der Mehrheit und Rufe, wie: „Hinaus mit den Oesterreichern, hinaus mit den österreichischen Agenten!“ waren die Antwort. Gallenga fährt fort, indem er voll Entrüstung die „Hinterlist“ der deutschen Flotte geißelt. Aber die Sozialisten unterbrechen ihn mit dem Ruf: „Hören Sie doch mit diesen Aberglaubigkeiten auf.“ Neuer Lärm. Gallenga: „Können Sie vielleicht leugnen, daß die deutsche Flotte vor der englischen steht?“ Stürmischer Beifall der Mehrheit, Spottrufe der Sozialisten. Darauf beantwortet Salandra die Interpellation Turatis über die Internierten. Natürlich beschönigt der Ministerpräsident das Verfahren der Regierung, erntet aber seitens der Sozialisten scharfe Angriffe. Brunielli ruft: „Sie haben ein Polizeisystem wie in Rußland.“ Die Mehrheit schreit: „Galt den Mund, Oesterreicher!“ Andere rufen: „Ihr verteidigt die Spione!“ „Schande über euch!“ Die Sozialisten antworten: „Und ihr habt die Oesterreicher ins Land gerufen, ihr Kanakillen, Spitzhüben, Affaristen, Wucherer, Schwindelpatrioten!“ Loben im ganzen Hause. Turati zu Salandra: „Haben Sie nicht eine ganze Anzahl Bürger nur darum deportiert, weil sie deutsche Frauen haben? Warum haben Sie dann nicht auch einen gewissen hohen Herrn deportiert, der eine deutsche Fräulein geheiratet hat?“ Von mehreren Seiten wird gefragt: „Wer ist das?“ Turati: „Es ist der Statthalter des Königreiches, Herzog von Genua.“ Große Heiterkeit, in die auch Salandra einstimmt. Nachdem die Kammer Turatis Tagesordnung mit 216 gegen 45 abgelehnt, verlangt Miglioli dringend, daß die Regierung seine Interpellation über die Absetzung des Generals Brusati beantworte. Als trotz Sandras Weigerung Miglioli hierauf beharrt, wird er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, fährt aber unentwegt fort, indem er die heftigsten Angriffe gegen die Regierung und die Heeresleitung schleudert, so daß unter ungeheurer Erregung des Hauses das ganze Ministerium den Saal verläßt. Razzoni ruft dem abziehenden Salandra nach: „Gehen Sie doch zu Ihren Kuffen! Zu denen gehören Sie!“ Gleichzeitig werfen die Sozialisten ganze Stöße Postkarten mit Bildern der nach Sibirien deportierten gefesselten Dumamitglieder in den Saal, worauf unter neuem gewaltigen Lärm der Präsident die Sitzung aussetzt und die Tribünen räumen läßt.

Starke Unruhen in Orenburg.

In der Zeitung „Orenburgskoje Slowo“ finden wir einen ausführlichen Bericht über die Unruhen, die Mitte Mai in Orenburg stattgefunden haben und über die die hauptstädtische Presse noch keine Meldungen gebracht hat. Nach diesem Bericht spielten sich am 15. Mai in Orenburg folgende Ereignisse ab:

Um die Mittagsstunde versammelten sich zahlreiche Kriegerfrauen vor dem Hause des Gouverneurs und verlangten ihn zu sprechen. Der stellvertretende Gouverneur Buschlin erschien und nahm die Klage der Frauen entgegen, daß sie infolge der Nichtauszahlung der städtischen Unterstützungszuschläge Not leiden müßten. Der Gouverneur verwies auf den Mangel an städtischen Mitteln und vertörlöchte sie auf die Zukunft. Kurz darauf begab sich ein Teil der Kriegerfrauen nach dem Getreidemarkt, drang in einige Wehnhandlungen ein und eignete sich die dort lagernden Wehnräte an. Sehr schnell scholl die Menschenmenge an, die nun auch in andere Läden einzudringen begann. Fast zu gleicher Zeit begann die Plünderung der größten Läden im Geschäftsviertel der Stadt (Gostynny Dwor). Kosaken sprengten heran, konnten aber der Plünderung nicht Einhalt gebieten. Kurz darauf wurden Truppen herangezogen, die auf die Menge feuerten. Gegen 4 Uhr kamen große Verstärkungen in der Stadt an, und der Chef der Garnison, General Podgorozky, übernahm das Kommando über die Truppen. Bis zum späten Abend tobte der Kampf auf den Straßen. Immer wieder drang die Menge gegen die Truppen vor und beantwortete die Salven mit einem Hagel von Steinwürfen. Aus anfänglichen Plünderungsversuchen war so allmählich ein regelrechter Kampf in den Straßen entstanden. Ueber die Zahl der Opfer liegen keine Nachrichten vor. Offiziell wird verbreitet, daß es zwar Verwundete, aber keine Toten gebe. Verwundet wurden u. a. der Staatsanwalt Korobow, sein Gehilfe Podresan und der Chef der Geheimpolizei Beer-Potaki. Zahlreiche Personen wurden verhaftet; die Stadt wurde vom Militär besetzt. Aus Anlaß dieser Vorgänge haben die Orenburger Arbeiter einen Aufruf an die Bevölkerung veröffentlicht, in dem vor Beteiligung an Plünderungen usw. gewarnt und dagegen Protest erhoben wird, daß den Arbeitern die Mitschuld an den Vorgängen zugeschrieben wird. „Im Kampf für die Rechte des Volkes — heißt es in dem Aufruf — im Kampf für die Volksrechte stehen die Arbeiter in den ersten Reihen. Aber mit der Plünderung von Kaufmannsläden besudeln wir Arbeiter unsere Hände nicht.“

Wolle die Bevölkerung, so heißt es im Aufruf weiter, gegen den Wucher und die Teuerung einschreiten, so möge sie energischer darauf dringen, daß ihr die Freiheit der Presse und der Versammlungen zugestanden werde. Keinesfalls aber solle man den Einfüßerungen von Leuten folgen, die aus reaktionären Spekulationen heraus die unzufriedene Menge zu Gewalttätigkeiten aufstacheln.

Die in Orenburger Zeitungen vom 18. Mai berichten, macht die Stadt den Eindruck eines bewaffneten Lagers. Die Straßen sind vom Militär besetzt, in einige Straßen werden nur die Inhaber von Passierscheinen hineingelassen. Nach 9 Uhr abends darf niemand die Straßen betreten.

Die Stadtverordnetenversammlung von Orenburg beschloß, das Ministerium des Innern um die Einleitung einer Untersuchung der Ereignisse vor und nach dem Ausbruch der Unruhen wie auch der Art ihrer Unterdrückung zu ersuchen. Es liegen also offenbar genügend Anzeichen für eine planmäßige Förderung der Unruhen von bestimmter Seite vor.

Letzte Nachrichten.

Zum Hochverratsprozeß Kramarsch.

Wien, 9. Juni. (Z. U.) In dem Prozeß gegen Kramarsch und Genossen haben die Verteidiger Richtigkeitsbeschwerde gegen das Urteil beim obersten Landwehrgericht angemeldet. Das Landwehrdivisionsgericht in Wien hatte nach mehrmonatiger öffentlicher Hauptverhandlung die beiden jungtschechischen Reichsratsabgeordneten Dr. Kramarsch und Dr. Kaschin wegen Hochverrats und Verbrechens gegen die Kriegsmacht und den Sekretär des jungtschechischen Blattes „Narodni Listi“ Vincenz Cervinka und den Buchhalter Josef Samagal wegen Verbrechens der Auspähung zum Tode verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Gewerkschaften und die Massenpeisung.

Die Frage der Massenpeisung hat auch die Berliner Gewerkschaftskommission beschäftigt und dort zur Annahme der folgenden Resolution geführt:

Die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend hat von der Absicht des Magistrats von Berlin, vom 1. Juli ab Massenpeisungen für alle Bevölkerungsklassen einzuführen, Kenntnis genommen.

Die Gewerkschaftskommission spricht sich im Prinzip für diese beabsichtigte Massenpeisung aus, die im Interesse der Volksernährung, insbesondere in dem der arbeitenden Bevölkerung liegt; sie ist jedoch der Meinung, daß diese Maßnahme nur auf den Stadtkreis Berlin beschränkt, eine halbe Mark monatlich zu betragen muß, weil unter den obwaltenden kommunalen Verhältnissen die Arbeiterschaft, die in Berlin arbeitet, aber in einem Vorort von Berlin wohnt, von dieser Massenpeisung ausgeschlossen sein würde.

Die Gewerkschaftskommission kann deshalb die Durchführung der Massenpeisung der Arbeiterschaft nur dann empfehlen, wenn diese Speisung einheitlich im Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin durchgeführt wird.

Die Kommission richtet deshalb an die maßgebenden Behörden das dringende Ersuchen, sofort zu veranlassen, daß das vom Magistrat Berlin beabsichtigte Unternehmen über Groß-Berlin zur Ausdehnung gelangt.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin u. Umgegend.

Berlin und Umgegend.

Lohn- und Feuerungszulagen in der Berliner Textilindustrie.

In der Seilerbranche erhielten die in der Flugzeugindustrie beschäftigten Schleifer eine Feuerungszulage von 7 Pf. pro Stunde. Bis jetzt werden Stundenlöhne gezahlt, die Unternehmer wollen Abord einführen. Bei der Einführung derselben haben die Arbeiter darauf zu achten, daß dann der exakte Abordverdienst um mindestens 20 Proz. höher ist, als der bisherige Stundenlohn war. Der bis dahin gezahlte Stundenlohn muß unter allen Umständen gewährleistet werden. In einem Seil- und Kabelwerk wurden für 24 männliche und 26 weibliche Arbeiter die Stundenlöhne um 2-5 Pf. erhöht.

In der Delaturbranche besteht ein Tarifverhältnis, durch welches sämtliche Minimal- oder Einstellungsgehälter vom 1. Januar 1916 ab um 3 Mark pro Woche erhöht wurden. Trotzdem erfolgte eine wöchentliche Feuerungszulage von 8 Mark für alle Arbeiter, die länger als 6 Monate in der hiesigen Delatur beschäftigt sind, zahlbar ab 8. Juni 1916.

In der Berliner Jute-Spinnerei und Weberei erhielten die Arbeiterinnen 1,50 Feuerungszulage pro Woche. Hier mußte laut gesetzlicher Vorschrift die Arbeitszeit um ein Bedeutendes gekürzt werden. Weil die Sonderfürsorge für die Textilarbeiter von den einzelnen Gemeinden noch nicht genügend geregelt ist, war diese Zulage sehr notwendig. Für die in Berlin wohnenden Textilarbeiter und Volkshilfsarbeiter ist die amtliche Bekanntmachung schon erfolgt, es fehlen nur noch die näheren Ausführungsbestimmungen. Hoffentlich lassen sie nicht allzulange auf sich warten, damit endlich für ganz Groß-Berlin die Auszahlungen beginnen können. Die uns aus Gewerkschaftskreisen mitgeteilt wird, findet am 21. Juni im Berliner Gewerkschaftshaus eine Versammlung der in Frage kommenden Arbeiterschaft statt.

Deutsches Reich.

Der Kampf gegen das Organisationsrecht.

Die Glasfabrik Schellmüll bei Danzig setzt ihre organisationsfeindlichen Bestrebungen auch während der Zeit des Burgfriedens fort; sie sucht die Gewerkschaftsorganisation aus ihrem Betrieb zu drängen. Obgleich es in allen Glasklassen an Glasmachern mangelt, wird von ihr der Kampf gegen die organisierten Arbeiter fortgesetzt. Ein Glasmacher des genannten Werkes hatte sich geweigert, eine bestimmte Sorte Flaschen anzufertigen, weil der Lohn für die Flaschen zu niedrig stand und der Arbeiter zu so niedrigen Löhnen nicht arbeiten wollte. Die Firma unternahm gegen den Arbeiter nichts, denn es handelte sich um einen Schilling ihres Betriebes, um einen unorganisierten Glasmacher. Nach einigen Tagen verlangte sie von einem organisierten Glasmacher, daß er die Flaschen anfertigen solle. Dieser lehnte das Ansuchen mit der Begründung ab, da der unorganisierte Glasmacher je bereits den Auftrag deshalb abgelehnt habe, weil die Firma einen zu niedrigen Lohn zahle; er würde die Arbeit sofort ausführen, wenn die Firma sich bereit erkläre, einen höheren Lohn zu zahlen. Der organisierte Arbeiter wurde darauf sofort entlassen; obgleich er bereit war, jede andere Arbeit auszuführen. Außerdem wurden dem Arbeiter 18 Mark Schadenersatz, 3,75 Mark Wohnungsgeldzuschuß abgezogen. Als der Arbeiter nach der Begründung seiner Entlassung fragte, wurde ihm eröffnet, daß eine Begründung nicht gegeben werden braucht.

Ausland.

Verchiebung der internationalen Buchbinderkonferenz.

Im Februar dieses Jahres richtete der Vorstand des Norwegischen Buchbinderverbandes die Anfrage an das Internationale Buchbindersekretariat, ob die Internationale Konferenz, wie in Brüssel 1913 beschlossene sei, in diesem Jahre in Kristiania stattfinden würde. Das Sekretariat ließ darauf eine Umfrage an alle angeschlossenen Verbände ergehen, sich dazu zu äußern, indem es zugleich empfahl, die Konferenz bis auf weiteres zu verschieben, und folgendes zur Begründung sagte:

Ganz abgesehen davon, daß Vorkriegsbedingungen es wahrscheinlich manchem Verbandsvertreter unmöglich machen würden, eine Reise nach Kristiania auszuführen, hat der Weltkrieg auch eine Situation geschaffen, die die Tagung einer internationalen Konferenz zurzeit so gut wie unmöglich macht. Wir glauben zwar darauf rechnen zu können, daß die Internationale Vereinigung der Buchbinder den Krieg überdauern und nach der hoffentlich recht bald eintretenden Beendigung desselben in alter Weise wieder wirken können, aber zurzeit ist die Spannung unter den kriegführenden Nationen doch so groß, daß wahrscheinlich nicht alle Verbände sich zur Teilnahme an einer internationalen Konferenz entschließen würden, selbst wenn die Möglichkeit zur Abhaltung einer solchen vorhanden wäre. Im übrigen steht der Einberufung der Konferenz aber auch die Erwägung entgegen, daß es zurzeit sehr schwer sein dürfte, allerseits zu einem sicheren und gerechten Urteil über die Ereignisse der letzten 1 1/2 Jahre zu kommen, und daß die Ungewißheit über die Bedingungen, unter denen künftig Handel und Wandel sich vollziehen werden und unter denen die Arbeiterbewegung ihre Aufgaben zu erfüllen haben wird, richtunggebende Beschlüsse für künftiges Verhalten im allgemeinen nicht zuläßt. Wir ersuchen deshalb die angeschlossenen Verbände um Zustimmung zur Verschiebung der Internationalen Konferenz und nehmen diese als gegeben an, wenn uns bis zum 1. April dieses Jahres nicht gegenteilige Mitteilung zugegangen ist.

Gegenteilige Meinungen sind dem Internationalen Buchbindersekretariat nicht zugegangen, so daß die Abhaltung der Internationalen Konferenz damit bis auf weiteres verschoben ist.

Der norwegische Arbeitskonflikt.

Kristiania, 7. Juni. (Z. N.) Zu den telegraphischen Nachrichten über den Ausbruch des gewaltigen Kampfes auf dem norwegischen Arbeitsmarkt seien folgende Einzelheiten nachgetragen: Schon vor dem Generalstreik waren über 30 000 Arbeiter, teils durch Ausbrennen, teils wegen einzelner Streiks, beschäftigungslos. Diesen schlossen sich dann über 40 000 Mann an, gegen welche die Ausbrennung von den Arbeitgebern angekündigt war. Dazu kamen noch 8000-9000 Mann hauptsächlich bei den Staatsbahnen ohne Kündigungsfrist Angestellter. Am ersten Tage (6. Juni) des großen Kampfes waren also 80 000 Arbeiter arbeitslos. Hierzu kamen dann die mit 14-tägiger Kündigung Angestellten, die am gleichen Tage ihre Verträge kündigten. Es sind dies: sämtliche Arbeiter der Lebensmittelindustrie, die Buchdrucker und ein Teil der Transportarbeiter, im ganzen 14 000-15 000 Mann. Ferner die Arbeiter der kommunalen Betriebe usw.

Die Arbeiter verließen ihre Arbeitsstätten in guter Ordnung. In mehreren Städten zogen sie mit Fahnen und Musik an der Spitze über die Straßen. Die Gesamtzahl der Ausbrennten dürfte nach Ablauf der Kündigungsfrist über 120 000 betragen. Das ganze norwegische Arbeitsleben wird hierdurch gelähmt werden.

Da die Matrosen und Heizer der Handelsflotte auch der Organisation angehören, wird der Dampferverkehr an der Küste entlang aufhören müssen. Auch sind die Arbeiter bei den Militärwerkstätten, bei den Kampfwerkstätten der Marine sowie in den Waffen- und Munitionsfabriken — wo gegenwärtig eine heftigste Tätigkeit herrscht — der gewerkschaftlichen Organisation ausgeschlossen. Auch sie werden am Ausstehen teilnehmen. Dagegen ist noch nicht bestimmt, ob die Eisenbahner und die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten die Arbeit einstellen werden, denn sie sind durch persönliche Verträge mit dreimonatlicher Kündigung gebunden. Stimmen in der konservativen Presse wollen das Geschehene auf den Einfluß der Syndikalistik zurückführen. Sie behaupten, daß der Führer der Sozialdemokraten, Plau, sich für den Frieden auf dem Arbeitsmarkt bedingte, während Traumaal, der Führer der Syndikalistik, den Kampf heraufschuf. Genauere Berichte folgen.

Ministerpräsident Knudsen äußerte dazu nach „Aftenposten“ u. a.:

„Was jetzt geschehen soll? Das Gesetz (betreffend obligatorische Schiedsgerichte) soll selbstverständlich fortbestehen. Falls dennoch die Absicht bestehen sollte, durch den Generalstreik die Regierung zu zwingen, das Gesetz fallen zu lassen, so ist dies eine falsche Rechnung. Ein solches Verfahren wirkt nur aufgehend und man muß das norwegische Störbild schlecht kennen, wenn man glaubt, daß es sich einschütern läßt. Es wird sofort nach seiner Annahme rechtskräftig und wir werden sehen, ob es respektiert wird. Ich habe die Auffassung, daß die Arbeiter selbst dafür Sorge tragen werden, daß keine Unruhen oder dergleichen stattfinden werden.“

Zahlungsfristen.

Der Bundesrat hat am 8. Juni drei Verordnungen erlassen, die sich auf Zahlungsfristen für Schuldner beziehen.

1. Die erste Bekanntmachung des Bundesrats schützt die heimkehrenden Kriegsteilnehmer in etwas vor allzukühnen Zugriffen ihrer Gläubiger. Auf Antrag des Kriegsteilnehmers kann Zahlungsfrist bis zu sechs Monaten bewilligt werden — auch für nach dem 31. Juli 1914, aber vor oder während der Teilnahme des Schuldners am Kriege entstandene Forderungen. Auf diese Forderungen findet auch die Verordnung über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung (Reichs-Gesetzl. 1915 S. 292) Anwendung. Die Zwangsvollstreckung kann auf sechs Monate eingestellt werden; die Einstellung kann mehrfach erfolgen und ist auch zulässig, wenn eine Zahlungsfrist bereits bestimmt ist. Voraussetzung für die Zahlungsfrist sowohl für die Einstellung der Zwangsvollstreckung ist, daß „die wirtschaftliche Lage des Schuldners durch die Teilnahme am Kriege so wesentlich verschlechtert ist, daß sein Fortkommen gefährdet erscheint.“

Die Einstellung der Zwangsvollstreckung kann aufgehoben werden, wenn sie infolge nachträglicher wesentlicher Veränderungen der Umstände dem Gläubiger einen unzumutbarmäßigen Nachteil bringen würde, insbesondere, wenn die spätere Befriedigung des Gläubigers durch andere Zwangsvollstreckungen erheblich gefährdet wird.

Als Kriegsteilnehmer gelten auch die Personen, die vermöge ihres Dienstverhältnisses, Amtes oder Berufs zu den immobilien Teilen der Land- oder Seemacht gehören.

2. Die zweite Bundesratsverordnung vom 8. Juni erweitert den Schutz der durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Haus- und Grundbesitzer über den bisherigen gesetzlichen Rahmen hinaus. Die Bekanntmachung tritt an die Stelle der Verordnung betreffend die Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypotheken und Grundschulden (R.G.Bl. 1915, S. 293) und der Verordnung über die Verjagung des Zuschlags bei der Zwangsversteigerung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens vom 10. Dezember 1914, die aufgehoben worden sind. Durch die Verordnung wird zunächst (mit Rücksicht auf die erhebliche Dauer des Krieges und ihre Begleiterscheinungen im städtischen Immobilienwesen) die Länge der vom Gerichte zu bewilligenden Zahlungsfrist ausgedehnt. Sie kann jetzt für das Kapital der Hypothek oder Grundschuld oder die Ablösungssumme der Rentenschuld bis zu einem Jahre, für Zinsen und andere Nebenleistungen bis zu sechs Monaten bemessen werden (bisher sechs bzw. drei Monate). Es kann jedoch die Fristbestimmung von der Erfüllung bestimmter Bedingungen (z. B. Erhöhung des Zinsfußes) abhängig gemacht werden.

Die Bewilligung von Zahlungsfristen soll, wenn Billigkeitsgründe vorliegen, in Zukunft auch bei Hypotheken zulässig sein, die nach dem 31. Juli 1914, also nach Kriegsausbruch entstanden sind. In der Hauptsache ist dabei an Fälle gedacht, in denen Personen während des Krieges zur Verhütung eigener Verluste genötigt waren, ein Grundstück zu erwerben, ohne dabei das Darlehen zu berücksichtigen zu können.

Für Kapitalschulden kann die Bewilligung einer Zahlungsfrist mehrfach erfolgen, für Zinsen und sonstige Nebenleistungen nur einmal. Der Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist darf, wie die Verordnung ausdrücklich bestimmt, bei Kapitalschulden nicht deshalb abgelehnt werden, weil anzunehmen ist, daß der Vorkauf nach Ablauf der Frist zur Befriedigung des Gläubigers außerstande sein wird.

Die Zwangsverweigerung kann auf Antrag des Schuldners für die Dauer von längstens sechs Monaten eingestellt werden, auch wenn die Bestimmung einer Zahlungsfrist abgelehnt oder nicht zulässig ist. Die Einstellung kann mehrfach erfolgen. Sie ist jedoch (damit ein unbegrenztes Anwachsen von Zinsrückständen vermieden wird) auf Antrag eines Beteiligten aufzuheben, wenn ihm fällige Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen für zwei Jahre im Range vorgehen.

Ebenso ist der Antrag auf Einstellung der Zwangsversteigerung von vornherein abzulehnen, wenn fällige Ansprüche des betreffenden Gläubigers für zwei Jahre nicht gezahlt sind.

3. Die dritte Bekanntmachung des Bundesrats ändert die Vorschriften der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung (Reichs-Gesetzl. 1915, S. 290, 292) in einigen Punkten ab, um sie mit der Sonderregelung der vorstehend geschilderten Verordnungen (über Bekämpfung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden) in Einklang zu bringen bzw. um Unstimmigkeiten der Interpretation zu vermeiden.

Aus der Partei.

Der Parteikonflikt in Frankfurt a. M.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Frankfurt a. M. nahm in seiner Generalversammlung am Mittwoch, den 7. Juni, den Jahresbericht entgegen. Nach diesem ging im abgelaufenen Geschäftsjahre die Mitgliederzahl von 5750 auf 8504 zurück. Es sind noch 2344 männliche und 1160 weibliche Mitglieder vorhanden, gegenüber 11 938 am 31. März 1914. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist ziemlich konstant geblieben. Der Mitgliederberichtsentsprechend weist der Kassenbericht ein starkes Zurückgehen der Einnahmen auf, von rund 43 000 Mark im Geschäftsjahre 1914/15 auf rund 19 000 Mark im Berichtsjahre. Auch die Ausgaben sind zurückgegangen, doch nicht in demselben Verhältnis wie die Einnahmen.

Die Pressefrage ist im Sinne des Beschlusses einer früheren Generalversammlung erledigt worden. Der Vorstand gab sich alle Mühe, eine Verständigung mit den auswärtigen Kreisen herbeizuführen, was leider scheiterte.

An den vom Sekretär Wittich erstatteten Bericht schloß sich eine längere Diskussion, an der sich drei Genossen der Opposition und zwei Genossen, die auf dem Standpunkt der Mehrheit der Partei stehen, beteiligten. Um elf Uhr fand ein Antrag auf Schluß der Debatte mit großer Mehrheit Annahme. Die Opposition bezweifelte die Nichtigkeit des Abstimmungsresultates; eine verlangte Auszählung ergab die Annahme des Antrages mit 238 gegen 108 Stimmen. Der größte Teil der Opposition verließ dann bei großer Unruhe unter Protestrufen das Versammlungslokal. Die Versammlung konnte dann ordnungsgemäß zu Ende geführt werden. Einmütig gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der die Generalversammlung ihr Einverständnis mit den Beschlüssen des Vorstandes und der Vertrauensleute in der letzten Geschäftsperiode erklärt. Sie erkannte besonders an, daß die Maßnahmen zur Pressefrage im Sinne des Beschlusses der Generalversammlung vom 22. Januar 1915 erfolgt ist. Damit hieß die Versammlung auch die Nichtinberufung von Mitgliederbesammlungen in der Zentrale gut, die erfolgte, weil die Versammlungen wiederholt durch das Vorgehen einzelner Genossen gestört wurden. — Bei der Wahl des Vorstandes wurde der Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt.

Die Versammlung nahm dann zu der auf den 25. Juni einberufenen Konferenz des Frankfurter Agitationsbezirks Stellung. Sie erhob in einer Resolution Einspruch gegen die Abhaltung der Konferenz (die auch der Parteivorstand nach dem Bericht der „Frankfurter Volksstimme“ für statutenwidrig erklärt hat) und lehnte die Entsendung von Delegierten ab. In der Begründung wurde gesagt, daß die notwendigen Voraussetzungen für die Konferenz nicht erfüllt seien, eine einwandfreie Zusammenkunft der Konferenz wäre nicht möglich, da in vielen Orten ordnungsgemäße Delegiertenmehls nicht vorgenommen werden könnten. Die Mehrheit der Wahlkreise sei außerhande, ihre Beitragspflicht gegen Bezirk und Gesamtpartei zu erfüllen. Da wäre es unverantwortlich, in solcher Lage die geringen Geldmittel in Anspruch zu nehmen für eine Konferenz, die die Parteinteressen nicht fördert und nur zur Verschärfung des Streites führen könne. Werde die Konferenz dennoch abgehalten, so könnten Beschlüsse, die etwa gefaßt werden, nicht als zu Recht bestehend anerkannt werden.

Sum Ausschlußverfahren Legien.

Folgende originelle Bestätigung der von uns am 8. d. M. gebrachten Darlegungen des Genossen Buchweiz — dessen Namen der Druckfehlerteufel in Buchweiser verändert hat — sendet uns namens und im Auftrage Legiens der Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann und erucht um deren Aufnahme unter irrigem Hinweis auf § 11 des Verfassungsgesetzes:

Es ist nicht wahr, daß der „Vorwärts“ von dem Genossen Buchweiser, dem früheren Bezirksleiter am Orte, eine Zuschrift erhalten hat. Wahr ist, daß es einen früheren Bezirksleiter Buchweiser in Niederschönhausen nicht gibt.

Es ist nicht wahr, daß ich im Juliabende „durch Sammlung von Unterschriften eine besondere Propaganda für die Aufhebung des Antrages einleitete“ habe. Wahr ist, daß ich am 4. Juli ein Schreiben an den Bezirksleiter richtete, in dem ich die Aufhebung des Beschlusses der Mitgliederversammlung vom 29. Juni 1915 forderte. Wahr ist, daß ich an demselben Tage versucht habe, für diesen meinen Antrag Unterschriften in dem Mitgliederkreise in Niederschönhausen zu erhalten und mir von einem Mitgliede der Bezirksleitung geraten wurde, die Unterschriftenammlung zu unterlassen, weil ohnehin in der nächsten Sitzung der Bezirksleitung über meinen Antrag verhandelt werden würde. Wahr ist, daß ich am 10. Juli ein Schreiben des Bezirksleiters erhalten habe, in dem ich zu einer am Montag, den 12. Juli, stattfindenden Bezirksleitung eingeladen wurde, in der über meinen Antrag verhandelt werden sollte. Wahr ist, daß nach Ablehnung meines Antrages seitens der Bezirksleitung, in den gemeinsamen Jubiläen am 14. Juli 1915 mein Antrag auf Aufhebung des Beschlusses vom 29. Juni 1915 im ersten Bezirk mit 13 gegen 6 und im zweiten Bezirk mit 17 gegen 4 Stimmen angenommen worden ist. Wahr ist ferner, daß dann in der zweitägigen Versammlung des Bezirks Niederschönhausen auch die Aufhebung des Beschlusses vom 29. Juni 1915 erfolgte. Wahr ist, daß in der Sitzung am 12. Juli die Charakterisierung der Unterzeichner der sogenannten Eingabe vom 9. Juni 1915 meinerseits erfolgte und ich in dem Jubiläum vom 14. Juli lediglich auf Anfrage bestätigte, daß diese meine Beurteilung der Unterzeichner der Eingabe richtig sei.

Es ist nicht wahr, daß die Bemühungen des Genossen Buchweiser des „Vorwärts“, infolge strikter Innehaltung des Leipziger Parteitagbeschlusses klar denken zu können, Erfolg hatten, weil nachweislich der größte Teil seiner Angaben in seiner Zuschrift unwahr ist. Berlin, 9. Juni 1916. C. Legien.

Der italienische Parteivorstand und die Lehrerorganisation.

Der Landesverband der italienischen Lehrer hat, wie erinnert, auf seinem letzten Kongreß im vorigen Monat den Rücktritt seines sozialistischen Vorsitzenden angenommen und eine Tagesordnung zugunsten des Krieges votiert. Dem Parteivorstand wurde daher die Frage vorgelegt, ob die Sozialisten weiter im Lehrerverband bleiben sollten. Der Parteivorstand hat nunmehr in seiner Tagung beschlossen, die Genossen zum Verbleiben im Verband aufzufordern und ihnen zur Pflicht zu machen, innerhalb der Organisation für ihre Auffassung zu wirken. Für diese Resolution stimmten 5, gegen sie 3 Mitglieder des Vorstandes.

Die norwegische Partei für Zimmerwald.

Die Landeskonferenz der norwegischen Sozialdemokratischen Partei beschloß u. a., alle Bestrebungen für eine Friedensaktion aller Länder zu unterstützen. Die Konferenz trat dem Programm der Zimmerwalder Konferenz bei und beauftragte die Geschäftsleitung der Partei, mit den „Zimmerwaldlern“ in Fühlung zu bleiben, jedoch nach wie vor den Anschluß an das Internationale Sozialistische Bureau im Haag aufrechtzuerhalten.

Abgeordnetenhaus.

36. Sitzung. Freitag, den 8. Juni, 10 Uhr vor- mittags.

Am Ministertisch: Kommissare.

Ein von den bürgerlichen Parteien unterstützter Antrag... Die Abg. v. d. Osten (L.), Dr. v. Savigny (B.), Dr. Gottschall (natl.) und Dellus (Sp.) und Dr. Reboldt (f.) treten für den Antrag ein und geben der Anerkennung für die Kriegsdienstleistungen der Beamten Ausdruck.

Abg. Leinert (Soz.):

Wäre uns der Antrag vorgelegt worden, wir hätten ihn auch unterschrieben. Wir sind mit seinem Inhalt vollkommen einverstanden und werden für ihn stimmen. Wir hätten allerdings lieber gesehen, wenn höhere Zulagen bewilligt worden wären. Das Abgeordnetenhaus ist wahrlich nicht schuld daran, wenn die Beamten keine höhere Zulage erhalten. Aber die Regierung hat ausdrücklich erklärt, daß sie aus finanziellen Gründen nicht weitergeben könne.

Unterstaatssekretär Dr. Michaelis:

Die Regierung stellt die Uebereinstimmung der Parteien mit Befriedigung fest. Sie erkennt die Mitwirkung aller Beamten, insbesondere auch der Unterbeamten, beim Durchhalten an. Aber die Regierung muß auch die finanziellen Interessen des Staates wahrnehmen. Viele Unterbeamte, die nicht als Soldaten hinausgehen durften, führen ein Leben der Arbeit und Enghingung. Darum wird die Regierung dem Antrag gern Rechnung tragen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es folgt der Bericht der Haushaltskommission über das Schreiben des Reichskanzlers an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses vom 12. Februar 1916 über die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen.

parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen.

Es handelte sich dabei bekanntlich um die Verhandlungen des Ausschusses über den U-Bootkrieg und über das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Die Regierung hatte eine sachliche Stellungnahme abgelehnt, da sie Zuständigkeitsbedenken hatte. Die Kommission beschloß daraufhin, daß sie es für schädlich erachtet würde, wenn sich aus der Stellung der Reichsregierung zu Amerika die Konsequenz einer Einschränkung in der Benutzung der U-Bootwaffe ergäbe. Nach Veröffentlichung dieses Beschlusses erschienen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Auslassungen, in denen die Fragen der auswärtigen Politik und der Kriegführung als ausschließliches verfassungsmäßiges Recht des Kaisers erklärt werden und in der weiter ausschließlich der Reichstag als zuständig für die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen behandelt wird.

Präsident Graf Schwerin

teilt als seine Auffassung mit, daß die Debatte sich nur auf die staatsrechtliche Seite der Frage erstrecken dürfe.

Abg. Ströbel (Soz. [zur Geschäftsordnung]):

Der Präsident hat vorgeschlagen, daß die Erörterungen über den Kommissionsbericht sich nur auf die rein formal juristische Seite, auf die staatsrechtliche Frage erstrecken sollen, soweit sie der Kommissionsbericht wiedergibt. Wir erheben die schärfsten Einsprüche dagegen, daß über die Verhandlungen der Kommission nur in solch ungeheurer verkümmelter Weise debattiert werden soll. Das Wenige, was der Kommissionsbericht von den Verhandlungen wiedergibt, hat die allergrößten Lücken, der Bericht ist total unvollständig, und deshalb müßte nicht nur der schriftliche Bericht, dessen Vervollständigung ich vergebens in der Kommission versucht habe, der Debatte zugrunde gelegt werden, sondern es müßte das zur Unterlage der Debatte genommen werden, was wirklich sachlich in der Kommission vorgebracht worden ist, damit die Öffentlichkeit ein klares Bild von den Vorgängen in der Kommission erhält. Selbstverständlich kann nicht das Vertrauliche berührt werden, was in der Kommission vorgekommen ist. Da aber in der Kommission der ganze Komplex durchgesprochen worden und von den Konservativen im Reichstag inzwischen ein Vorstoß genau in der Richtung gemacht worden ist, in der sich hier die Kommissionsverhandlungen bewegt, ist es absolut unerlässlich, daß wir uns nicht um die ganzen Erörterungen drücken. Es ist ein unwürdiger Zustand, daß man das Volk nicht wissen lassen will, was in der Kommission sich abspielt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitj:

Zur Begründung meiner Auffassung berufe ich mich auf den Bericht der Kommission, der sich, von einer historischen Einleitung abgesehen, ausschließlich mit der staatsrechtlichen Seite der Frage beschäftigt.

Abg. Ströbel (Soz.):

Gerade Form und Inhalt dieses Berichts sind ja der Stein des Anstoßes; denn der Bericht ist unvollständig, lückenhaft und irreführend. Er gibt ein total einseitiges, ja gefälschtes Bild. (Präsident Graf Schwerin rügt diese Ausführungen.) Ich meine natürlich gefälscht im Sinne von objektiv unrichtig. Waschen wir uns doch nicht vor. Die rein formalistische Seite der Sache interessiert keinen Menschen. Der politische Hintergrund dieser Affäre und die politischen Ursachen, die zu dem Zusammenstoß zwischen Regierung und Kommission geführt haben, sind das, was die Öffentlichkeit erfahren will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten entscheidet das Haus im Sinne des Vorschlages des Präsidenten. (Abg. Adolf Hoffmann: Vertuschungspolitik!)

Verichterstatter Abg. Dr. Irmer (L.):

Die Vorwürfe des Abg. Ströbel weise ich zurück. Gegen die Stimme des Abg. Ströbel hat der Ausschuss beschlossen, daß in dem Bericht an das Plenum ausschließlich die staatsrechtliche Seite der Frage behandelt werden sollte. Die Vorwürfe des Abg. Ströbel gegen den Verichterstatter sind daher unbegründet, er müßte sie gegen die gesamte Kommission erheben. (Abg. Ströbel: Sehr richtig!)

Vizepräsident des Staatsministeriums v. Breitenbach:

Die Regierung hält an ihrer von der Mehrheit des Hauses abweichenden Meinung fest. Sie glaubt aber, daß die gegenwärtige Zeit nicht geeignet ist, diese Erörterungen fortzusetzen, umso mehr, als die Regierung fest entschlossen ist, das Verhältnis gegenseitigen Vertrauens zu dem Landtage zu fördern und zu stärken. (Beifall.) Kommen im Landtage in dieser ersten Zeit Sorgen und Wünsche auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zum Ausdruck, so wird die Regierung ihnen volle und ernste Beachtung schenken. (Beifall.) Sie hat dies auch im vorliegenden Fall getan. Der Wille zum Sieg über unsere Feinde, der durch die Armee, durch die Flotte und durch das gesamte Volk in dieser langen Kriegszeit hundertfältig bewiesen worden ist, wird verstärkt, ja er ruht auf der Summe der treibenden Kräfte, zu denen das Vertrauen zwischen Regierung und Volkserziehung an erster Stelle zählt. Erhalten wir uns dieses Vertrauen, dann wird es uns an nichts fehlen. (Beifall.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Es ist richtig, daß die große Mehrheit der Kommission gegen mich entschieden hat. Das beweist aber nichts gegen mich, sondern nur gegen diese Mehrheit. (Sehr richtig! v. d. Sozialdemokraten.) Jeder Kommissionsbericht muß, wenn er nicht irrtümlichen Auffassungen Ausdruck leisten soll, auch die Auffassung der Minderheit zum Ausdruck bringen. Die Kommission ist nur ein Teil des Parlaments. Die wärenden Berichte über unsere Verhandlungen ausgeben, wenn nur die Reden der Herren v. Pappenheim, Freiherrn v. Zedlig und des Zentrums in ihnen wiedergegeben würden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Ad. Hoffmann: Das müßten die Herren am liebsten. Das ist ein Lulding, jeder Kommissionsbericht muß objektiv sein. Leider bin ich durch Ihren Beschluß gehindert, nachzuweisen, inwieweit der vorliegende Bericht irrtümlich und objektiv gefälscht ist. Ich wiederhole aber mit allem Nachdruck meinen Protest dagegen, daß eine solche Verichterstattung eintritt. Wir werden uns das jedenfalls nicht gefallen lassen und werden schon Mittel und Wege finden, um dieses Verfahren vor der Öffentlichkeit zu geißeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Den Anträge des Ausschusses können wir nicht zustimmen. Natürlich sind auch wir der Meinung, daß das preussische Parlament das Recht hat, auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen. Aber die zur Debatte stehende Aktion haben wir für total überflüssig gehalten. Es hat sich doch nur darum gehandelt, daß das Dreiklassenparlament gegenüber der Regierung einmal aufzutreten wolle. (Abg. v. Heydebrand: Nein!) Wenn Sie hier so frei von der Leber reden würden, wie Sie es in dem bekannten nachher konstituierten Artikel in der „Kreuzzeitung“ getan haben, Sie würden mir recht geben. Es kann ja auch gar nicht bestritten werden, daß diesem scheinbar formalen Beschluß politische Momente zugrunde liegen. Man braucht sich ja nur die chronologische Entwicklung der ganzen Angelegenheit vor Augen zu führen. Am 9. Februar legte die Kommission ihren bekannten Beschluß in der U-Bootfrage. Am 11. Februar wurde er veröffentlicht. Dann erschien der Protest in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. (Abg. v. Pappenheim: Zur Sache!) Warten Sie doch, bis der Präsident mich zur Sache ruft. (Neue Zurufe rechts: Zur Sache!)

Präsident Graf Schwerin:

Ich möchte die Herren wirklich bitten, zu warten, bis ich den Redner zur Sache rufe. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Der Protest in der „Nordd. Allgemeinen“ enthielt den Vorwurf, daß die Haushaltskommission in Bezugnahme der Heeresleitung eingreife und mit ihren Erörterungen über die auswärtige Politik ihre Kompetenzen überschreite. Am 12. Februar war dieser Protest erschienen, am 14. Februar wurde er von der Kommission zur Kenntnis genommen und am 16. Februar kam dann die Angelegenheit im Plenum des Abgeordnetenhauses zur Sprache. Der Präsident gab auf Grund einer mit den Parteiführern gepflogenen Besprechung die Erklärung ab, daß das Abgeordnetenhaus zweifellos zur Erörterung auswärtiger Angelegenheiten berechtigt ist. Jeder normale Mensch mußte nun annehmen, daß damit die Angelegenheit erledigt war. Wenn ausgeführt wird, daß Bismarck sich für seine Politik auch auf das Abgeordnetenhaus gestützt habe, so ist das begreiflich, da dieses Haus ein Dreiklassenparlament, ein ge- liebes Parlament, eine Vertretung der bestehenden und herrschenden Klassen ist, und es ist klar, daß auch sofort die Reichsregierung, die doch im wesentlichen denselben Standpunkt vertritt, wie die Mehrheit dieses Hauses, sich auf dieses Haus berufen wird. In dem Kommissionsbericht heißt es an einer Stelle, daß das Abgeordnetenhaus durch die U-Bootresolution eine Einflussnahme auf die Oberste Heeresleitung nicht beabsichtigt habe. Diese Behauptung ist absolut unrichtig. Sie steht nicht nur im schroffen Gegensatz zu der Auffassung, die die Regierung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ vertreten hat, sie widerspricht auch dem Urteil jedes politischen Kenners. Wenn Sie verlangen, daß bestimmte Waffen in Anwendung gebracht werden, so beabsichtigen Sie damit eben, Einfluss auf die Oberste Heeresleitung auszuüben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Das ist ganz selbstverständlich. Sie verlangen, ein gewisses Ziel müßte erreicht werden, und dazu müßten bestimmte Waffen angewendet werden. Wenn man diese Forderung mit äußerster Leidenschaft, mit solchem Temperament, wie es in der Kommission der Fall war, vertritt und die schärfsten Angriffe gegen die Rechte, die der Anwendung dieses Mittels widersprechen, so beabsichtigt man doch zweifellos eine Beeinflussung der für die Kriegsführung verantwortlichen Stellen. Daran läßt sich für einen logisch denkenden Menschen nicht rütteln. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und das war ja auch der Zweck der Redung. Welchen Zweck hätte sonst der Artikel des Herrn v. Heydebrand gehabt wenn... (Präsident Graf Schwerin: Das gehört nicht mehr zur Frage der Kompetenz des Abgeordnetenhauses. Ich rufe Sie zur Sache.) Ich muß es aufgeben, auch nur in den schärfsten Anwendungen (Sachen rechts) auf das einzugehen, was wirklich vorliegt! Ich habe keine Lust, diesen Schwerterton fortzuführen, der Präsident liegt schon auf der Lauer. Aber, meine Herren, wir sprechen uns wieder. Ihr Vorgehen bedeutet eine ungeheure Täuschung des Volkes über alle politischen und militärischen Dinge, die dazu beitragen, daß dieser entsetzliche Krieg verlängert wird.

Präsident Graf Schwerin:

Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Sache und mache Sie auf die geschäftsmäßigen Folgen aufmerksam.

Abg. Ströbel (Soz.):

Ich sehe, daß ich schließen muß. Aber glauben Sie nicht, daß Sie durch diese Art der Kritik, durch solche Zwangsmittel der Geschäftsordnung, durch irreführende Berichte, durch diese Zerschneidung und Zerschneidung der Verantwortung

für die große Blutschuld entgehen. (Lärm bei den bürgerlichen Parteien; der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.)

Abg. Dr. Irmer (L.)

weist als Verichterstatter die aus ganz subjektiver Betrachtungsweise herrührenden Angriffe des Abg. Ströbel auf den Kommissionsbericht zurück. Auf die weiteren Ausführungen des Redners brauche er nicht einzugehen, nachdem der stellvertretende Ministerpräsident in so glücklicher und schöner Weise gesprochen habe.

Bei der Abstimmung wird der Kommissionsantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf Schwerin-Löwitj schlägt vor, die nächste Sitzung am 20. Juni zu einer noch festzusetzenden Stunde abzuhalten und dann sofort die vom Herrenhaus herübergekommene Steuerborlage zu beraten, was nur möglich sei, wenn nicht ein von 15 Mitgliedern unterstützter Widerspruch erhoben werde.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Das Abgeordnetenhaus braucht nicht zu wissen, wie lange in den Abend hinein zu warten, bis die Borlage vom Herrenhaus herüberkommt. Das Herrenhaus muß ja auch nicht unbedingt am 20. mit dieser Borlage fertig werden. Außerdem sind zur Erhebung des Widerspruches gegen die Abfertigung einer in der Geschäftsordnung vorgegebenen Frist nicht 15 Mitglieder, sondern nur eins nötig.

Der Präsident widerspricht dieser Auffassung.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.)

folgt aus der Geschäftsordnung, daß in der Tat der Widerspruch eines einzelnen Abgeordneten in diesem Falle genüge.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

Ich will nur verhindern, daß etwa ein Präzedenzfall in der Richtung geschaffen wird, als ob ein Widerspruch immer von 15 Mitgliedern unterstützt werden müßte.

Der Vorschlag des Präsidenten wird gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen abgelehnt.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, die nächste Sitzung Sonnabend, den 24. Juni, vormittags 10 Uhr, abzuhalten (mit Rücksicht auf das inzwischen stattfindende Fronleichnamsfest).

Schluß 12 Uhr.

Politische Uebersicht.

Mundtotmachung.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung des preussischen Abgeordnetenhauses vom Freitag war der Bericht der verstärkten Haushaltskommission über das bekannte Schreiben des Ministerpräsidenten vom 12. Februar betr. die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen. Die Kommission beantragte, das Haus wolle beschließen, daß es gegenüber der in dem Schreiben des Ministerpräsidenten vertretenen Auffassung an seinem verfassungsmäßigen Rechte festhält, der Regierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über ihre Stellung im Bundesrat zu ersuchen.

Dieser formelle, lediglich die staatsrechtliche Seite der Frage berührende Beschluß tritt naturgemäß an Bedeutung zurück hinter dem Kern der Sache. Nicht um die staatsrechtliche Frage hat es sich für die Staatshaushaltskommission gehandelt, sondern um die Sache. Die Herren fühlten in ihrer großen Mehrheit das Bedürfnis, dem Reichskanzler Vorschriften über die Führung des U-Bootkrieges zu machen und ihn zu einer rückwärtsigen Anwendung der U-Bootwaffe anzufeuern. Das Abgeordnetenhaus bezweckte ganz zweifellos einen Eingriff in die Befugnisse der Obersten Heeresleitung. Aus dem schriftlichen Bericht freilich erfährt man von alledem so gut wie nichts; der Uebersichtliche, der den Bericht liest, kann daraus unmöglich erkennen, um was es sich im Grunde genommen handelt. Das ist aber nicht etwa auf ein Versehen des Verichterstatters zurückzuführen, sondern auf einen ausdrücklichen Beschluß der Kommission. Und nicht genug damit, daß die Debatte sich nur auf die formelle Seite erstrecken dürfe. Vergebens protestierte Genosse Ströbel auf schärfste gegen diese Mundtotmachung des Parlaments, seine Worte verhallten ungehört, die Sozialdemokraten blieben mit ihrem Widerspruch allein, von rechts bis links, von Heydebrand bis Bismarck herrschte wieder einmal innigste Harmonie. Als dann Ströbel zu seinen sachlichen Ausführungen das Wort ergriff, um den Standpunkt der Sozialdemokratie darzulegen, wurde er schnell hintereinander zweimal zur Sache gerufen. Es war ihm nur möglich, ganz kurz, aber doch deutlich genug vor aller Welt die Machinationen zu geißeln, die sich hinter den Kulissen abgespielt hatten. Der zwischen den U-Boot-Fanatikern und Herrn v. Bethmann Hollweg ausgebrochene Konflikt selbst wurde nach außen hin überkleistert durch eine entgegenkommende Erklärung, die der neue Vizepräsident des Staatsministeriums v. Breitenbach abgab.

Vorher hatte das Haus einstimmig die Anträge betr. Bewährung von Kriegsheilfen für Beamte und Staatsarbeiter angenommen, nachdem u. a. auch Genosse Leinert die Notwendigkeit einer weitgehenden Hilfe betont hatte.

Die nächste Sitzung, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die etwa vom Herrenhause zurückkommende Steuerborlage steht, findet am 24. Juni statt.

Die Kriegsziele des Reichskanzlers.

Die heutige Zurückweisung einiger anonymer Schmäh-schriften durch den Kanzler hat in einigen Kreisen den Eindruck erweckt, als unterscheide sich das Kriegsziel des Kanzlers im Prinzip von dem der rechtsstehenden Parteien. Deshalb ist es angebracht, darauf hinzuweisen, daß der Kanzler sich mehrfach, insbesondere in seiner Reichstagsrede vom 5. April, ziemlich deutlich über seine Ziele ausgesprochen hat. In einem Rückblick über die vergangene Tagung des Reichstages faßt das Zentrumsbüchlein, die „Germania“, die Forderungen des Kanzlers kurz zusammen:

Die erste Rede des Kanzlers vom 5. April war schon deswegen bedeutungsvoll, weil er einmal die Verantwortlichkeit Deutschlands erklärte, auf Grund der geschaffenen Lage in Friedensverhandlungen einzutreten, und weil er ferner die Kriegsziele in klarer, unabweidender Weise besprach. Niemand dürfe annehmen, sagte er, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen besetzten Gebiete zwischen der baltischen See und den waldreichen Sumpfen Rußlands aufzugeben werde, mögen sie Polen, Litauer, Wassen oder Letten sein. Rußland dürfe nicht zum zweiten Male seine Heere an den ungeheueren Grenzen Ost- und Westpreußens aufmarschieren lassen. Auch in Belgien könne es keinen status quo ante geben. Deutschland werde sich sichere Garantien schaffen, daß Belgien nicht ein englisch-französischer Besatzenstaat und nicht

militärisch und wirtschaftlich als Bollwerk gegen Deutschland ausgebaut werde.

Danach mag beurteilt werden, ob sich die Kriegsziele des Kanzlers im Wesen oder nur dem Umfang nach von denen der rechtsstehenden Parteien unterscheiden.

Die Anklage gegen Liebknecht.

Berlin, 9. Juni. (W. T. B.) Wie nunmehr bestimmt verlautet, ist gegen den seit dem 1. Mai in Haft befindlichen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht die Anklage wegen versuchten Kriegsverrats auf Grund des § 89 des Strafgesetzbuchs erhoben worden. Die Verhandlung dürfte in nächster Zeit vor dem Berliner Kommandanturgericht in der Lehrter Straße stattfinden.

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik.

Dr. Lensch hat durch sein „fast rückhaltloses Bekenntnis zu: Kolonialpolitik“ den freikonservativen „Berliner Neuesten Nachrichten“ eine freundliche Uebersetzung bereitet. „War von den bürgerlichen Parteiführern — schreibt das Blatt — dieses Eintreten für eine nachdrückliche Kolonialpolitik zu erwarten, so ist die Stellung des erschienenen Sozialdemokraten um so interessanter.“

Nach einer kurzen Wiedergabe der Ausführungen Lenschs erwähnt das freikonservative Blatt die derbe Abschüttelung, die wir dem Auftreten Dr. Lenschs als Kolonialenthufst zu teil werden lassen, und bemerkt dann tröstend:

„Wir wollen uns vorläufig des mutigen Bekenntnisses Dr. Lenschs freuen und es dem Urteil der sozialdemokratischen Arbeitererschaft überlassen, welchem dieser beiden Begleiter unserer kolonialen Notwendigkeiten sie fürderhin folgen will.“

Die sozialdemokratische Arbeitererschaft wird sich durch das „mutige Bekenntnis“ Dr. Lenschs, das von der bürgerlichen Presse als sensationelles Reklamageld für die neuerdings geschäftig betriebene Kolonialpropaganda benutzt wird, kaum veranlaßt sehen, ihre Stellung zur Kolonialpolitik einer Revision zu unterziehen.

Das skeptische Zentrum.

Die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 463) erteilt dem Reichskanzler eine sanfte Rüge wegen seines Optimismus in Bezug auf die Sozialdemokratie.

Es liegen zurzeit Faktoren vor, welche für, aber auch solche welche gegen allzugroßen Optimismus sprechen. Nur wenn beide Arten von Faktoren ausnahmslos eingeleitet und richtig bewertet werden, wird am Schluss die Bekannung stimmen. . . Nicht der freudigste Optimist wird schließlich den Erfolg davon tragen und recht behalten, sondern der beste Rechner.

Wenn die Sozialdemokratie auch die neue Kriegscreditvorlage bewilligt, so werde es doch nicht angängig sein, diese Tatsache allein zur Grundlage politischer Berechnungen zu machen. Das Blatt tröstet sich damit, daß ein Gegenlag bestehe zwischen den Sozialdemokraten im Reichstage und der ausgezeichneten militärischen Haltung der in den Schützengräben kämpfenden Sozialdemokraten.

Falsche Taktik.

Die scharfe Kritik, die die Abgeordneten Hoffmann und Baur im Reichstage und Hefer im Abgeordnetenhaus an der Lebensmittelversorgung übten, hat auch auf die bürgerlichen Parteien nicht ihre Wirkung verfehlt. Man beginnt dort einzusehen, daß es keinen Zweck habe, immer nur zu beschönigen und zu entschuldigen, denn sonst — könnten die einzigen rücksichtslosen Kritiker zu viel Empathien in der Bevölkerung erlangen. Deshalb schreibt der „Lokalanzeiger“ unter der Ueberschrift: „Falsche Taktik“:

„Wir meinen, daß die Haltung, welche die bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie einnehmen, nicht zweckmäßig ist. Daß Mißstände vorhanden sind, geben sowohl die Regierung wie sämtliche Parteien des Hauses zu. Wäre es da nicht viel klüger, wenn aus den bürgerlichen Parteien heraus die Kritik rechtzeitig einsetzte? Damit würde den Sozialdemokraten für ihre Verbeugungspolitik der Wind aus den Segeln genommen werden. Mit vollständigen, pathetischen Entschuldigungsbegründungen ist's nicht getan. Leider zu oft hört man das Argument, das dürfte man aus patriotischen Gründen nicht sagen, jenes müsse man aus gleichen Gründen ignorieren. Das ist falsch. Unser Volk hat gezeigt, was es leisten kann und daß es politisch vollkommen reif ist für eine anständige, sachliche und gerechte Aussprache über besserungsbedürftige Zustände. Warum also erst warten, bis die Sozialdemokraten alles in höchlich entstellter Form und Uebertreibung vorbringen?“

Selbst wenn die bürgerlichen Parteien schärfere Worte gebrauchen sollten, wird der Unterschied zwischen den bürgerlichen und der Sozialdemokratie in der Ernährungsfrage doch bestehen bleiben. Jene bekämpfen bestenfalls einige besonders unangenehme Symptome und Auswüchse der Lebensmittelversorgung. Wir dagegen als grundsätzliche Gegner des herrschenden Wirtschaftssystems sehen mit unserer Kritik bei der Hauptursache an: Solange das Gewinninteresse des einzelnen die Grundlage für die Erzeugung und Verteilung der Nahrungsmittel aufrechterhalten bleibt, werden einige einschränkende Bestimmungen nie die gleichmäßige Verteilung des Vorhandenen je nach Bedarf des einzelnen Konsumenten garantieren können.

Waffenbrüderliche Vereinigung.

Zunächst der „Reichsdeutschen Waffenbrüderlichen Vereinigung“ (einer Verbindung, die in Oesterreich und Ungarn Schwesterorganisationen mit gleichen Zielen hat) ist eine literarische Abteilung gebildet worden. Dem Ausschuss der Abteilung, deren Geschäfte einstweilen von dem Vorstand der Nachrichtenstelle des Reichsamtes des Innern, Freiherrn v. Braun und Dr. Richard Wahr geleitet werden, gehören u. a. an die Herren: Dr. Julius Wagem, Hermann Wagemann, Chefredakteur der „Volksischen Zeitung“, Georg Bernhard, Reichstagsabgeordneter Mathias Erzberger, J. E. Freiberg v. Grotthaus, Landtagsabgeordneter Konrad Quenisch, Dr. Gerhart Hauptmann, Prof. Dr. Otto Hoetsch, Reichstagsabgeordneter Otto Reinath, Dr. Paul Lensch, M. d. R., Dr. Heinrich Mantler, Direktor des Volksischen Telegraphenbureaus, Paul Marx, Chefredakteur des „Tag“, Dr. Friedrich Raumann, M. d. R., Professor Dr. Adolf Reumann-Hofer, Dr. Georg Dertel, M. d. R., Dr. Rudolf Pressler, Heinrich Rippler, Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“, Otto Runge, Chefredakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Dr. Willi Kuppel, Vertreter der „Kölnischen Zeitung“, Professor Heinrich Sohnray, August Stein, Vertreter der „Frankfurter Zeitung“, Prof. Dr. Ludwig Stein.

Zum Generalstreik in Norwegen.

Kristiania, 9. Juni. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Lagtings wurde das Schiedsgerichtsgesetz erörtert. Justizminister Abrahamson erklärte, er habe gehört, daß der Generalstreik nur eine Demonstration sei und daß die Arbeit wieder aufgenommen werden würde, sobald das Gesetz angenommen und rechtskräftig geworden sei. Ein sozialistischer Vertreter sagte, die Arbeiter würden sich loyal beugen, wenn kein anderer Ausweg vor-

handen sei. Der Generalstreik sei keine Drohung gegen das Störhörn.

Der sozialistische Vorschlag, das Schiedsgerichtsgesetz abzulehnen, wurde vom Lagthing mit 25 gegen 5 sozialistische Stimmen verworfen. Das Gesetz wurde dann gegen 6 Stimmen in der Fassung des Oberstehungs angenommen.

Nach dem heute im Lagthing angenommenen Schiedsgerichtsgesetz sollen Arbeitgeber und Arbeiter je ein Mitglied des Schiedsgerichts ernennen. Laut „Tidens Tegn“ hat das Justizministerium bereits die Parteien um Ernennung dieser Mitglieder ersucht. Sobald eine Partei sich weigert, einen Vertreter zu wählen, ernennt die Regierung einen solchen. Die Sozialisten hatten noch am Donnerstag Kundgebungen gegen das Schiedsgerichtsgesetz veranstaltet. Der Demonstrationszug in Kristiania umfaßte 10 000 bis 15 000 Teilnehmer.

Das tägliche Brot.

Bayern und das Kriegsernährungsamt.

München, 9. Juni. (W. T. B.) Die Korrespondenz Hoffmann schreibt: Entsprechend dem Wunsche des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes von Batocki, sich über die Verhältnisse der Volksernährung Bayerns durch persönliche Aussprache zu unterrichten, fand gestern nachmittag in seiner Anwesenheit unter dem Vorsitz des Ministers des Innern Freiherrn von Soden mit den Vertretern der übrigen beteiligten Staatsministerien, der stellvertretenden Generalkommandos, der Städte, der Landwirtschaft, des Handels, der Konsumenten und der Presse eine mehrstündige Besprechung sämtlicher einschlägigen Punkte statt, die geeignet sind, die verschiedenen Versorgungsstellen, die sich an die Errichtung des Kriegsernährungsamtes bezüglich der Versorgung Bayerns knüpfen, zu zerstreuen. Vor allem wird nicht daran gedacht, die Ausführungsbeschränkungen aufzuheben, bevor nicht eine entsprechende allgemeine Preisregulierung durchgeführt sei. Eine zwingende Notwendigkeit sei es, daß die Kontingente der Schlachtungen für die einzelnen Bundesstaaten für die nächsten Monate möglichst verringert werden. Von Bedeutung sei die Frage der Massenpreisung, hinsichtlich deren jedoch nirgends ein Zwang ausgeübt, sondern den jeweiligen Verhältnissen Rechnung getragen werden solle. Der Wirtschaftsplan für das kommende Geschäftsjahr sei die erste Aufgabe und die Preisregulierung, besonders der Futtermittelpreise dabei die wichtigste Rolle. Staatsminister Freiherr von Soden gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß nach den Ausführungen des Präsidenten von Batocki die Preisnachricht urchichtig ist, daß kein Versuch der Aufhebung der Ausführungsbeschränkungen gelte. Der Staatsminister benutzte diese Gelegenheit, um dem Präsidenten von Batocki aus Herz zu legen, die bayerischen Sondereinrichtungen für die Volksernährung, soweit immer möglich, zu erhalten. Bayern sei dagegen bereit, die entbehrlichen Lebensmittel den notleidenden Gebieten zuzuwenden. Insbesondere werde es versuchen, für baldige Bereitstellung von Kartoffeln zu sorgen. Präsident von Batocki äußerte seine Uebereinstimmung mit dem Minister und brachte die Ansicht zum Ausdruck, daß ein Hineinregieren in die Aufgaben der bundesstaatlichen Behörden, soweit irgend möglich, mit Rücksicht auf die bundesstaatliche Selbständigkeit vermieden werden müsse. Zur gezielten Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes sei dieses auf die freiwillige Mitarbeit aller Bundesregierungen angewiesen.

Jahresbericht der Zentral-Einkaufsgesellschaft.

Berlin, 9. Juni. (W. T. B.) In einer in Berlin abgehaltenen Sitzung nahm der Aufsichtsrat der Zentral-Einkaufsgesellschaft, dem Vertreter der Regierung, der Städte, der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie angehören, den Bericht des Vorstandes über das erste Geschäftsjahr entgegen und genehmigte einstimmig die Bilanz. Dividenden oder Anteilen wurden nicht verteilt. Nach eingehender Erörterung der Geschäftslage und der mehrfach in der Öffentlichkeit über die Geschäftsführung laut gewordenen Klagen wurde dem Vorstande das Vertrauen und die Anerkennung für seine erfolgreiche Tätigkeit ausgesprochen. Besonders wurde festgestellt und anerkannt, daß die Geschäftsführung verstanden habe, beim Verkauf von Waren im Einstandswerte von 1 1/2 Milliarden Mark einerseits die Gesellschaft vor Verlusten zu bewahren und andererseits, dem Grundsatz der J. E. G. als einer gemeinnützigen Organisation entsprechend, ohne nennenswerten Gewinn abzuschließen. Nach diesem Grundsatze sollen die Geschäfte der Gesellschaft weiter verwaltet werden.

Verteidigung der Gersten-Verwertungs-Gesellschaft.

Die Gersten-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. hat folgende Erklärung an die Mitglieder des Reichstags gefandt:

Bei der Beratung wurden im Reichstage am Mittwoch, den 7. Juni 1916, unter anderem auch Ausführungen zu dem Punkt „Ernährungsfragen“ durch den Abgeordneten Herrn Hoffmann-Kaiferslautern gemacht. Dabei unterzog er laut Mitteilung der Tagespresse die Geschäftsführung der Gerstenverwertungs-Gesellschaft m. b. H. einem kritischen Urteil, das zu Mißdeutungen Anlaß geben muß. Der ergebnis Unterzeichnete hält es deshalb für geboten, den Herren Mitgliedern des Reichstags hierüber einige tatsächliche Aufschlüsse über die in dem beregten Bericht herangezogenen Verhältnisse der G. V. G. ergeben zu unterbreiten.

1. Die G. V. G. ist als private G. m. b. H. gegründet worden und ihre namentlich aufgeführten Gesellschafter stellen eine begrenzte Anzahl von Herren dar. Diese aus formalen Zweckmäßigkeitsgründen gewählte Gründungsform ändert aber nichts daran, daß der Sache nach die Gesellschaftsanteile von sämtlichen am Geschäftsbetrieb beteiligten Erwerbszweigen übernommen worden sind, in deren Auftrag und Vertretung die erwähnten Herren gezeichnet haben.

2. Die vom Berichterstatter angeführten 4 Millionen Mark Kriegsanleihe rühren aus den Gebühren her, die den gersteverarbeitenden Betrieben, mit ihrem Einverständnis, in Höhe von 5 M. pro Tonne Gerste zur Deckung der Verwaltungskosten auf den Einkaufspreis der G. V. G. aufgerechnet wurden. Man mußte aus Vorsicht so verfahren, weil die G. V. G. ohne Vorbild gegründet wurde und deshalb nicht wissen konnte, welche Verwaltungskosten entstehen würden. Daß aus den Gebühren eine so hohe Summe erübrigt wurde, spricht für die sparsame Verwaltung der G. V. G. Die ihr so belassenen Gelder werden später fast in voller Höhe an sämtliche beteiligten Betriebe im Verhältnis zu ihren Gerstenbezügen zurückergeben.

Es handelt sich dabei um sämtliche Brauereien, Brechmaschinen, Graupenmühlen, Malzfabriken und zahlreiche andere Betriebe. In die Gründer erfolgt diese Ausschüttung also nicht.

Diese 4 Millionen Mark hat nun die G. V. G. aus patriotischen Gründen einstweilen in Kriegsanleihe angelegt.

3. Daß die G. V. G. keine Erwerbsgesellschaft ist, geht schon aus § 23 ihres Gesellschaftsvertrages hervor, der wörtlich lautet: „Die Gesellschaft ist keine Erwerbsgesellschaft. Etwaige am Jahresabschluss sich ergebende Ueberschüsse sind nach Abzug einer Vergütung bis zu 5 Proz. des Betrages der Stammeinlage der Inhaber der kontingierten Betrieben im Verhältnis ihrer Gerstenbezüge zu erstatten.“

4. Ein Gewinn von 15 Millionen Mark ist nie erzielt worden. Wohl ist ein Guthaben von rund 11 Millionen Mark vorhanden, das aber nicht Eigentum der G. V. G. ist. Es besteht aus Geldern, die nach den Verkaufsbedingungen der G. V. G. von den Gerste kaufenden Betrieben im voraus eingezahlt werden

müssen und sich ansammeln, weil zwischen Geldeingang und Verladung der Gerste eine gewisse Zeit vergeht. Nachdem die Ware jeweils verladen ist, fließt das Geld den Gerstenproduzenten zu. Es handelt sich also bei diesen 11 Millionen Mark in der Tat nur um ein fortwährend sich veränderndes Guthaben, nicht um Eigentum der G. V. G.

Schließlich sei noch betont, daß die G. V. G. seit Beginn ihrer Tätigkeit der ständigen Kontrolle der Reichsfinanzkontrolle untersteht und deren Einverständnis bzw. Genehmigung für alle ihre Beschlüsse regelmäßig einholt.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Gersten-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H.
Der Vorsitzende des Aufsichtsrats:
gez. Junke.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen.

Auf der Tagung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen in Leipzig wurde von den Vertretern der angeschlossenen Organisationen und Ausschüsse einstimmig folgende Entschlicung angenommen:

„Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, der mit seinen 7 1/2 Millionen Anhängern, d. h. mit Angehörigen 25 bis 30 Millionen Verbraucher, insbesondere aus den minderbemittelten Klassen umfaßt, fordert auf Grund der Beratungen seiner zweiten Kriegstagung am 4. Juni 1916 zu Leipzig, daß die öffentlichen Nahrungsmittel gerecht und vernünftigen Verteilung der Nahrungsmittel zwischen Nord und Süd, Stadt und Land, zwischen Arm und Reich, Arbeitenden und Nichtarbeitenden, gemäß den Richtlinien seines Wirtschaftsplanes mit der den Kriegsverhältnissen entsprechenden Entschlossenheit durchgeführt und die Lebensbedarfspreise, zumal von der neuen Ernte an, mit der Kaufkraft der Massen und den Herstellungskosten in Einklang gebracht werden. Die Erfüllung dieser Forderungen, die für die Aufrechterhaltung der inneren Widerstandskraft und Leistungsfähigkeit des ganzen Volkes von entscheidender Bedeutung ist, erwartet der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen von den zuständigen Stellen, voran dem Kriegsernährungsamt, in einmütigem Zusammenwirken mit den bundesstaatlichen Regierungen, den Kriegsgesellschaften und Gemeindeverwaltungen, um so dringlicher, als er mit dem Herrn Präsidenten von Batocki der Ueberzeugung ist, daß unsere Vorräte bei wissenschaftlich, planmäßiger Bewirtschaftung durchaus zureichen, um die Ausnahmesituation der Feinde zu machen. Der Kriegsausschuß selber wird mit seinen 82 angeschlossenen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbänden nach wie vor alle Kräfte und Mittel zum sieghaften Durchhalten einsetzen.“

Die Massenpreisung.

Die Massenpreisung in Köln soll vorläufig soweit ausgebaut werden, daß täglich 40 000 Portionen abgegeben werden können. Die Abnehmer müssen sich ein Wochenabonnement nehmen und bekommen dann die Speisen, die Literportion zu 35 Pf., morgens an das Haus gefahren. Es muß eine entsprechende Anzahl Kleinfuß, Zeitmarken usw. von den Abonnenten abgeliefert werden. Die Herstellung der Speisen erfolgt in großen Brauereikesseln, die sich dafür glänzend eignen sollen. Die Speisen sind darin schon nach einer Stunde gar.

Kriegspeisefabrik.

In der Stadt Etade ist im November v. J. eine Speisefabrik eingerichtet worden, die 10 Prozent der städtischen Bevölkerung mit Mittagstisch versorgt. Diese Speisefabrik, die den Namen „Kriegspeisefabrik“ führt, ist in den Erdgeschossräumen eines größeren städtischen Gebäudes untergebracht. Die Speisen werden in großen Kesseln von je etwa 200 Liter Inhalt hergestellt und bestehen ausschließlich aus zusammengelassenen Suppen wie Reis-, Graupen-, Gemüse-, Erbsen-, Bohnen-, Hasenflecken- und Obstpuppen. Zu 1000 Portionen (1 Portion = 1/2 Liter) werden je nach der Zusammenlegung der Suppen 30 bis 40 Pfund Fleisch oder Speck verwendet. Die Ausgabe der Speisen erfolgt ausschließlich durch Personen, die diese Tätigkeit unentgeltlich ausüben. Die Portion wird zum Preise von 10 Pf. abgegeben und zwar nur an bedürftige Personen (Unterstützte der Kriegsfürsorge, der Armenfürsorge u. a.) gegen Berechtigungscheine.

Die Kosten der ersten Einrichtung einschließlich der nötigen Kessel und deren Einbau haben rund 1000 M. betragen. Der Herstellungspreis der Speisen stellt sich mit Einschluß der Löhne für das Küchenpersonal auf etwa 12 Pf. für die Portion.

Auf der gleichen Grundlage soll nunmehr eine gemeinsame Küche auch für den Mittelstand und die besser Bemittelten errichtet werden. Um die Vorteile einem möglichst großen Kreise zugänglich zu machen, sollen Einrichtungen zur Beföstigung weiterer 5000 Personen getroffen werden, so daß die jetzt in der Kriegszeit etwa 10 000 Einwohner zählende Stadt Etade in der Lage sein wird, 6000 Personen, das sind 60 Prozent der Bevölkerung, aus den städtischen Anstalten zu beföstigen. Da die Neueinrichtung sich selbst unterhalten soll, muß der Preis für die in der Mittelstandsküche ausgegebenen Speisen etwas höher veranschlagt werden; vorläufig glaubt die Stadt aber den Betrag von 20 Pf. für die Portion nicht hinausgehen zu brauchen.

Lebensmittelfürsorge.

Zur Bekämpfung der Lebensmittelnot setzen die Königsberger Parteigenossen ihre Bemühungen dauernd fort. Neben persönlichen Verhandlungen mit den verschiedenen Behörden und Schaffung einer Beschwerdestelle im Parteisekretariat, welche Anzeigen von Uebersorgung oder sonstigen Verstößen gegen die Lebensmittelbestimmungen und von allen beim Lebensmittelhandel beobachteten Mißständen entgegennimmt, prüft und gegebenenfalls der zuständigen Behörde mitteilt, sind besonders Anträge und Eingaben der sozialdemokratischen Stadtverordneten und der Frauen an die Stadtverwaltung hervorzuheben. Die Stadtverordnetenentscheidung vom 24. Mai beschästigte sich mit sozialdemokratischen Anträgen, städtische Beschwerdestellen einzurichten, Beamte, in erster Linie Frauen, zur Kontrolle des Lebensmittelhandels anzustellen und für unentgeltliche Unterstutzung der Verpflegung verächtlicher Lebensmittel zu sorgen. Zugleich wurde über eine Petition der sozialdemokratischen Frauen verhandelt, welche dieselben Forderungen erhob und außerdem um Schaffung städtischer Speisestellen ersuchte. Am Gegenlag zu früheren, ähnlichen Gelegenheiten wurden die vortrefflich begründeten sozialdemokratischen Anregungen diesmal vom Magistrat entgegenkommend gewürdigt. Die Stadtverordnetenversammlung nahm Kenntnis von der Zusage des Magistrats, den vorhandenen Mißständen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung nötigenfalls in verstärkter Maße entgegenzuwirken, und erklärte mit Rücksicht auf diese Zusage Anträge und Petition für erledigt. Nach seiner Zustimmung hat inzwischen der Magistrat 28 Beschwerdestellen eingerichtet und läßt der Verfassung oder des Bedarfsentsprechende verächtliche Nahrungsmittel für solche Personen, deren Einkommen 3000 M. nicht übersteigt, unentgeltlich untersuchen. Auch die Marktkontrolle soll praktisch geregelt werden. Zahlreiche Speisefestlichkeiten in Volksschulen, Soldatenkasernen und einer städtischen Anstalt sind inzwischen eröffnet und scheinen vorläufig zu genügen.

Eine sozialdemokratische Frauerversammlung nahm am 7. Juni erneut zu diesen Fragen Stellung und beschloß nach eingehender Erörterung folgendes: Die Verammlung erwartet, daß die Königsberger sozialdemokratische Parteimitteilung nach wie vor allen Behörden gegenüber dafür Sorge trägt, daß bei der Bekämpfung der Lebensmittelnot die Interessen der arbeitenden Le-

Wörterung in erster Linie berücksichtigt werden. Sie erklärt es für Pflicht der Frauen, alle Maßnahmen auf dem Lebensmittelmarkt den Beschwerdestellen anzuzeigen. Sie ersucht den Magistrat, Vertreterinnen der Königsberger Frauenorganisationen zu einem Frauenausschuß zusammenzuführen, der als Beirat in Ernährungsangelegenheiten vor behördlichen Maßnahmen für das städtische Ernährungswesen gutachtlich zu hören ist. Zu diesem Beschluß ist zu bemerken, daß vor einigen Wochen aus der Königsberger Preisprüfungsstelle alle Konsumentenvertreter, die bürgerlichen wie die sozialdemokratischen, unter Protest ausgetreten sind, weil der Magistrat sich auf fast alle ihre Anregungen ablehnend verhalten hat!

Der Dezerent für Lebensmittelversorgung in Kiel hat den städtischen Kollegien einen schriftlichen Bericht erstattet, aus dem hervorgeht, daß die Stadt bis zum 31. März 1918 35 683 821 Kilogramm Lebensmittel zur Abgabe an die Bevölkerung bejagt hat. Zu einer direkten Abgabe der Lebensmittel an die Stadt hat sich die Stadtverwaltung leider noch nicht entschließen können. Die Abgabe erfolgt an die Kaufleute und Händler, die sie an die Konsumenten verkaufen. Der Allgemeine Konsumverein wird bei der Abgabe von Waren durch die Stadt in weitgehendster Nähe berücksichtigt. — Kriegsläden sind bisher in Kiel fünf eingerichtet, die täglich durchschnittlich 15 000 Liter Essen zum Preise von 40 Pf. für den Liter abgeben. Zwei weitere Läden sollen eingerichtet werden.

Ein Protest der Stadt Köln.

Die Kölner Stadtverordnetenversammlung, ein rein bürgerliches Kollegium, erging sich, gedrängt durch die Bevölkerung, am Donnerstag in stundenlangender Sitzung in schweren Anklagen gegen Mängel der Lebensmittelversorgung. Erster Beigeordneter A. Benauer wies nach, daß in Köln im Großhandel kosteten pro 100 Pfund:

	Mai 1912/14	Mai 1915	Mai 1916
Möhren . . .	M. 8,84	10,18	17,20
Spinat . . .	M. 8,82	4,88	18,94

und das trotz reichster Ernte. Schuld sei die Aufhebung der Gemüsehöchstpreise durch das Reichsamt des Innern, was eine der vielen Unbegreiflichkeiten sei. Dagegen habe man für Frühkartoffeln einen Höchstpreis von 10 M. festgesetzt, der jeder Berechtigung entbehre. Man scheine sich an den maßgebenden Stellen nicht darüber klar zu sein, wie breite Schichten einen solchen Preis überhaupt nicht bezahlen könnten. Für solche Maßnahmen fehlten einem die Worte. Die Bevölkerung sei über solche Zustände mit Recht erbittert. Der Redner beklagte sich dann darüber, daß der Westen von den Zentralinstanzen bei der Verteilung der Lebensmittel besonders schlecht behandelt werde.

Alle Redner der Stadtverordnetenversammlung schlossen sich dem Vorliegenden in heftigen Worten an. Oekonomierat Volkig vom Zentrum rief aus: „Die Dinge können so einfach nicht weiter gehen.“ Dieser landwirtschaftliche Sachverständige erklärte die Preise für viel zu hoch, sowohl Produzenten wie Händler verdienen zu viel. Es wurde ferner verlangt, daß der Geschäftsbetrieb der Zentral-Einkaufsgesellschaft einmal gründlich nachgeprüft werde, gegen die eine Ansammlung berechtigter Beschwerden erhoben würden. Der Oberbürgermeister wurde von den Stadtverordneten beauftragt, in entschiedenster Weise bei dem Reichsamt des Innern und bei dem Minister des Innern Vorstellungen wegen der unerträglichen Zustände zu erheben und Höchstpreise für Gemüse und Obst zu fordern.

Staatsbeihilfe für die minderbemittelte Bevölkerung.

Die badische Regierung will den Gemeinden die Versorgung hauptsächlich der minderbemittelten Bevölkerungsschichten mit Nahrungsmitteln insofern erleichtern, als sie — zunächst für die Monate Mai bis August — den Betrag von 50 000 M. für jeden Monat zur Verfügung stellt. An ihm sollen die Gemeinden nach ihrer Einwohnerzahl und nach Bedarf entsprechenden Anteil haben. Die Lebensmittel sollen dann zu ermäßigten Preisen abgegeben werden.

Die Teuerung in Oesterreich.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ vom 28. Mai bringt folgende interessante Zusammenstellung: Weizern wurde zum drittenmal während des Krieges vom Marktamtsdirektor der Stadt Wien die Tabelle herausgegeben, die die Lebensmittelpreise nach den Aufzeichnungen auf den Wiener Märkten vergleichend darstellt. Zum Vergleich wird herangezogen die letzte Woche vor dem Kriege (25. Juni 1914), die Woche vom 16. bis 22. Mai 1915 und die Woche vom 14. bis 20. Mai 1916. Die Tabelle zeigt in deutlicher Weise die Teuerung für alle wichtigsten Lebensmittel auf. Es kostete ein Kilogramm vorderes

Rindfleisch im Jahre 1914 durchschnittlich 190 Heller, ein Jahr später durchschnittlich 429 Heller und heute kostet es (740 bis 900) 820 Heller. Das Fleisch kostet also heute mehr als das Vierfache gegen die letzte Friedenswoche. Es stieg das vordere Rindfleisch um 431 Proz., das hintere um 436 Proz. Beim Schweinefleisch war dieses Verhältnis: abgezogenes 220 : 480 : 870, junges 220 : 450 : 970. Steigerung bei beiden 443 Proz. Pferdefleisch: vorderes 100 : 220 : 380, hinteres 108 : 260 : 450. Steigerung von 380 und 418 Proz. Kartoffeln erfuhren gegen 1915 eine Steigerung von 15 auf 18 Heller; Zucker: 86 : 93 : 104; Weizenmehl (Auszug): 45 : 60 : 120 (fast dreimal so teuer); Rundmehl: 42 : 68 : 83 (fast doppelt so teuer); Brot: 34 : 60 : 56. Sauerkraut (1915 und 1916): inländisches 37 : 54 (Steigerung mehr als die Hälfte des früheren Preises), ausländisches 48 : 96 (ähnliche Steigerung). Erbsen gibt es heute auf dem Markt keine, ebenso keinen Reis. Das Schweinefleisch stieg von 188 auf 500 und 640. Es ist heute nach dem amtlich verzeichneten Preise, zu dem man aber nirgends Schweinefleisch erhält, dreieinhalbmal so teuer als vor dem Kriege. Speck, geräucherter: 177 : 504 : 840. Steigerung 360 Proz. Der Speck ist mehr als dreieinhalbmal so teuer. Butter stieg von 360 auf 530 und 820, das heißt, sie ist mehr als doppelt so teuer. Margarine (die „Butter der Armen“) wurde verkauft: 180 : 400 : 820, das heißt, sie stieg auf den Butterpreis hinaus und ersetzt damit eine Steigerung von 455 Proz., die höchste Steigerung, die überhaupt bei irgendeinem Lebensmittel zu verzeichnen ist. Butter stieg „nur“ um 20 Proz. Eier stiegen im Stückpreis: 8,5 : 14,5 : 19 Heller. Also um mehr als das Doppelte. Milch von 20 auf 39 und 46, um mehr als die Hälfte. Petroleum: 29 : 60 : 48. Steinkohle: 195 : 232 : 290 (mehr als die Hälfte teurer), Braunkohle: 118 : 185 : 201 (fast um die Hälfte teurer).

Das Gesamtbild ist dieses: Um ein Fünftel teurer sind Kartoffeln und Zucker, um die Hälfte teurer sind Kohle, Petroleum, Milch, Brot, Sauerkraut, doppelt so teuer sind Rundmehl, Butter, Eier, dreimal so teuer sind Weizenmehl und Zwiebeln, dreieinhalbmal so teuer sind Speck, Schweinefleisch, Bohnen, viermal so teuer ist Pferde- und Rindfleisch, vierdreieinhalbmal so teuer Schweinefleisch und Margarine. Gar nicht auf dem Markt sind Erbsen und Reis.

Aus Industrie und Handel.

Die Wechselkurse.

E. L. Franklin veröffentlicht im „Economist“ vom 20. Mai folgenden Aufsatz: In den letzten Monaten haben die Wechselkurse in so verschiedener Weise geschwankt, und die Ursachen dafür sind so interessant und teilweise verwickelt, daß ein Ueberblick über ihre Bewegungen seit Juli 1915 zweckmäßig erscheint. Man teilt dabei am besten die Wechselkurse ein in die der Verbandsmächte, der Feinde und der neutralen Länder. Der Sterlingkurs stand während der ganzen Zeit in allen verbündeten und feindlichen Ländern über dem Goldpunkt. Die Gründe dafür sind im Wesentlichen darin zu finden, daß unsere Bundesgenossen aus England mehr einfließen, während ihre Ausfuhr an uns beträchtlich abgenommen hat. Andererseits hat unsere Ausfuhr in die neutralen Länder abgenommen, während unsere Einfuhr aus diesen sich riesig vermehrt hat. Was die feindlichen Länder betrifft, so ist der deutliche wie der sterreichische Ueberseehandel durch unsere unmittelbare wie mittelbare Blockade beinahe vernichtet, und diese Länder haben in den neutralen Ländern nicht in derselben Weise wie England Kredit bekommen können. Viele andere Länder halten in ihren Staatsbanken einen teilweise mühevoll zusammengebrachten Goldschatz, der größer ist, als der englische; aber das englische Weltreich ist in der glücklichen Lage, daß es etwa zwei Drittel der ganzen jährlichen Goldausbeute besitzt und hierdurch von selbst die Kontrolle über 60 Millionen Pfund neuverkauften Goldes in Händen hat. England hat infolgedessen während des ganzen Krieges einen freien Goldmarkt gehabt, seine Banknoten und Schatzanweisungen waren bisher und sind auch noch auf Vorgeigung bei der Bank von England in Gold umzuwechseln. Der Wechselkurs auf neutrale Länder hat vor diese schwierige, zum Teil gelöste Probleme geführt, insbesondere darf man sagen, daß dank der getroffenen Maßregeln der amerikanische Wechselkurs für lange Zeit fest und beständig bleiben wird.

Die Abwärtsbewegung des deutschen Wechselkurses, die sich in der Bewertung der Mark in den neutralen Ländern, besonders in New York und Holland zeigt, hat ganz andere Ursachen als die bisher erörterten. Der holländische Wechselkurs ist zeitweilig sehr niedrig gewesen, was daran lag, daß wir, um

eine mittelbare Goldberföderung Deutschlands möglichst zu verhindern, Gold so weit wie möglich weder aus England noch aus Amerika nach Holland gelangen ließen; letzthin ist es dank getroffener Regierungsvereinbarungen mit dem Kurse etwas in die Höhe gegangen, wenn auch die Holländer sicher keine Neigung zeigen, große Summen in England zu belassen. Der Wechselkurs auf skandinavische Länder hat dank unserer großen Nachfrage nach Holz und Metallprodukten eine ganz andere Bedeutung als bisher gewonnen; dennoch wäre der Sterlingkurs nicht so niedrig, hätten diese Länder nicht, Schweden voran, den Zwang für ihre Staatsbanken, gegen Gold Noten herauszugeben, abgelehnt. Da die Handelsbilanz mit diesen Ländern nicht abnimmt, wird es interessant sein zu beobachten, wie weit Gold bei ihnen sinken kann, obgleich ihre Währung auf diesem Metall beruht.

Die Wechselkurse auf Frankreich, Rußland und Italien haben sich ständig aufwärts bewegt. Ein- und Ausfuhrungen, hohe Frachttäge und das tatsächlich so gut wie vorhandene Verbot der Anlage englischen Geldes im Auslande haben dazu beigetragen. Einzelne Gegenbewegungen sind durch finanzielle Hilfe unsererseits und Kreditgewährungen zeitweilig entstanden.

Der gesamte Handel zwischen Deutschland und Amerika ist gering geworden und die Entwertung der Mark dort ist größtenteils aus dem Mangel an Vertrauen zu erklären, den New Yorker Bankleute in bezug auf das Wiedererstarken Deutschlands nach dem Krieg gehabt haben. Es mag überraschend scheinen, daß die neuerliche Aufwärtsbewegung des Marktwertes in New York als Beweis dafür anzusehen ist, wie wenig die Entwertung auf natürliche Gründe zurückzuführen ist. Ein argentinischer Zinsabkäufer war unlängst in Deutschland zu bejahen, und um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können, war es für die argentinische Regierung nötig, in New York Summen in Mark anzukaufen und nach Berlin zu schicken. Es handelte sich dabei nur um einen kleinen Betrag, aber die Amerikaner haben so wenig Geld in Deutschland, daß die Nachfrage nach einigen Millionen Mark auf dem leeren Markt die Wirkung hatte, den Kurs um nicht weniger als 5 Proz. in die Höhe zu treiben. Man muß sich klar machen, daß von Juli 1915 bis März 1916 nicht weniger als 70 Millionen Pfund aus der Bank von England ins nicht feindliche Ausland gegangen sind, um zu erkennen, wie ungerecht die gelegentlich erhobene Beschuldigung ist, daß England nur dem Namen nach einen freien Goldmarkt hat.

Niederländische Reedergerinne.

In der Sitzung der Zweiten niederländischen Kammer vom 10. Mai d. J. hatte der Finanzminister bei der Beratung der Kriegsgewinnsteuer auf die Reedergerinne der niederländischen Reedereien hingewiesen. So habe der holländische Lloyd 1913 6 Proz., 1915 dagegen 12 Proz. ausgeteilt, die holländische Stoombootmaatschappij 1913 5 Proz., jetzt 27 Proz., die Koninklijke Reederlandische Stoombootmaatschappij ihre Dividende von 8 auf 15 Proz. und die Holland-Amerika-Linie von 15 auf 50 Proz. erhöht, der Rotterdamse Lloyd und die Maatschappij Nederland zahlten je 10 Proz.

Angehts dieser Gewinne sei es eigentümlich, daß die Reedereien einen Teil des Risikos auf den Staat abwälzen wollten. Der Rotterdamse Lloyd und die Maatschappij Nederland hätten sich geweigert zu fahren, wenn nicht der Staat ihnen 120 Proz. des Wertes ihrer Schiffe versichere, während sie selbst eine gleich hohe Versicherung eingegangen wären. Die Gesellschaften erhielten also mit anderen Worten bei dem Verlust eines Schiffes 240 Proz. des Wertes der Schiffe. Gegen diese Behauptung erheben die beiden Reedereien zwar in den Zeitungen Einspruch, die Richtigstellung kommt aber lediglich darauf hinaus, daß sich die obige Abmachung nicht auf alle Schiffe, sondern nur auf Personendampfer bezieht.

Braunkohlenlager in Italien. Dem Geneser „Lavoro“ wird aus Ancona gemeldet, daß in der Nähe dieser Stadt ausgedehnte Braunkohlenlager entdeckt worden sind, deren Ausbeutung sehr vielversprechend sein soll, sowohl was die Qualität der Kohle als was die Mächtigkeit des Lagers betrifft.

Eingegangene Druckschriften.

Höchstpreise und Sicherstellung der Volksernährung mit den Ausführungsbestimmungen der Bundesstaaten. Herausgegeben von B. Czjzek. 450 S. — Verlag J. Neumann, Neudamm. 25 Pf. — **Kantinenzucht.** Praktische Ratsschläge von Fr. A. Pantus. 25 Pf. — **Das Ergebnis unserer jungen Kriegsfreiwilligen.** Herausgegeben von Dr. W. Warbat. 1 M. — H. Bertels, Göttingen. **Der Tropenpflanzer.** Nr. 5. Zeitschrift für tropische Landwirtschaft. Herausgeber: D. Warburg und Fr. Bohmann. Erscheint monatlich. Jährlich 12 M. — Geschäftsstelle: „Der Tropenpflanzer“, Berlin, Pariser Platz 7.

Berliner Asyl-Verein für Obdachlose

Zeit unserer Besamtmachung vom 27. Mai 1914 sind folgende Beträge eingegangen:

H. Kempner, Legat 500 M., Helmar Meyer, Corneliustr. 10, 100 M., Roman Kat 2. Auerbach 3000 M., B. Friedmann, durch H. Heymann (Dezbr. 1914) 10 M., H. Feigelsang des Eppermanschen Legats durch Aufsicht, Gehaltslohn 800 M., Eppermansches Legat durch Herrn Julius Roedel, Koburg 616,35 M., Belle-Bachlag 8000 M., Maria Meyer, Dresden 10 M., Frau E. Reichard, Weichnachtsgabe 10 M., Sanitätsdirektor Hans Kewig 300 M., B. Friedmann, durch H. Heymann (Dezbr. 1915) 10 M., Frau Rose Israel 3 M., Geh. Komm.-Rat Reinhold (Neujahr 1915) 300 M., Emil Friedberg und Frau Anna geb. Boehm 150 000 M., Frau H. Reichenheim 300 M., Prof. Dr. Richard W. Meyer, Legat 5000 M., Frau Hedwig Lehmanna, Bendlerstr. 8, 300 M., Frau Gethy Caro 50 M., Frau Olga Ginsberg 50 M., Frau Jeanette Alice Meyer 100 M., Roman Kat Borchardt 3000 M., Alfred Waserfeld 400 M., Eugen Kohn, Legat 3141,60 M., Siegfried Jacobs 100 M., Prof. Dr. W. Jacobs 1000 M., Frau Justizrat Regensburger 35 M., Frau Geh. Rat Eger 50 M., Frau Clara Wenzel 10 M., Otto Ridel 1 M., Frau Reichard 10 M., Heymann, Helfer u. Co. 50 M., Geh. Komm.-Rat Reinhold (Neujahr 1916) 300 M., Reitz Witz 10 M., Adolf und Clara Uhlen, Legat 1061,45 M., Raab u. Köhmann 300 M., Frau Geh. Rat Gaudiner durch Herrn Warrer Grubel, Legat 303 M., Geh. Gramsch 300 M., Joseph Rosenhal 4 M. — Außerdem sind noch geklagene Kleidungsstücke eingegangen. — Wir legen den geehrten Spendern herzlichen Dank und bitten, weitere Beiträge und Zeichnungen an unseren Schatzmeister Frau Henriette May, Wilmersdorf, Gieselerstraße 16, Postfachkonto 21461, oder an Herrn Kommerzienrat Dr. Arons, Manerstr. 34 — Postfachkonto 1153 des Bankhauses Gehl. Arons — einzuliefern. —

Geklagene Kleidungsstücke lassen wir durch unsere Betreuer oder durch die Nachhaftet gern abholen.

Berlin, Juni 1916.

Der Verwaltungsrat.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin. Tel.-Amt Woytischplatz 10623, 3578. Bureau: Hummelstraße 30.

Achtung!

Heute Pfingstsonnabend werden die Beiträge abends von 6—8 Uhr entgegengenommen.

Die Bureaus sind am Sonnabend, den 10. Juni, von 1 Uhr ab, an den drei Feiertagen ganz geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Wilmersdorf.

Mittwoch, den 14. Juni (am Zahlabend), abends 9 Uhr, bei Schilling in der Lauenburger Straße;

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. — 2. Verschiedene Mitteilungen. — 3. Diskussion. — 4. Neu- und Ergänzungswahlen zum Vorstand. Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch dient als Ausweis. 1914

Monatsgarderobenhaus

M. Türkischer, Berlin S., Prinzenstr. 79, nahe Moritzplatz.

offertiert in großer Auswahl Jackett, Rod, Smoking, Grad-Anzüge, Sommerpaletots, Hüter aus erstklassigen Werkstoffen stammend, teils auf Seide gearbeitet, von Ansehens nur kurze Zeit getragen (auch für solpentele Figuren), zu stammend billigen Preisen.

Abteilung II. **Eriag für Maß:** Durch vorteilhaften Einkauf eines erstklassigen Warenlagers offeriere ich elegante neue Herren-Anzüge, Jackett, Rod, Smoking, Sport-Anzüge, Paletots, Hüter trotz der großen Preissteigerung für nur 17—12 Mark.

Der echte Kapitän-Kantabak

wirkt erfrischend und belebend im Feilde, zu haben in den meisten Geschäften. (H. Dosen dafelst umsonst.)

G. Röder, Berlin, Grüner Weg 111 (Aglt. 5861).

Hochsommer-Kleidung

zu billigen Preisen

Für Herren und Knaben:
Wasch-Joppen
Lüster-Jackette
Bast-Jackette
Loden-Joppen
Wasch-Anzüge
Flanell-Anzüge

Wasch-Westen — Gürtel — Sommer-Wäsche
Strahlhüte — Strampelkappen — Sporthemden

BAER SOHN

Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Geogr. 1601 Schöneberg Hauptstr. 10



Ohne jede Anzahlung

Pianos

erstklassiges Fabrikat
vielfach prämiert u. a.
Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896
Berliner Musik-Fachausstellung 1906

gegen kleine monatl. Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige Garantie.

Conrad Krause Nehfg., Berlin, Ansbacher Str. 1,

Ecke Kurfürstenstr. Tel. Steipl. 10 410

Auch Sonntags geöffnet!

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Lebensmittel

Zusendung ausgeschlossen

Frischer Spargel
Pfund 15, 25, 40 Pf.

Räucherwaren
Bücklinge.....Stück 20, 25 Pf.
Fludern.....Stück 15, 25 Pf.
Lachsheringe.....Stück 45 Pf.
Schellfische.....Stück 60, 70 Pf.
Oelsardinen.....Dose 78, 98 Pf.
Bismarckheringe.....Dose 1.20
Sardinen in Essig, lose.....1/4 Pfund 33 Pf.

Zwiebeln 5 Knollen 20 Pf.
Holl. Käse Pfund 2.10

Mohrrüben
Pfund 35 Pf.

Schoten
Pfund 45 Pf.

Grosser Blumenkohl
Kopf 70, 80 Pf.

Wirsingkohl
Pfund 32 Pf.

Kohlrabi
Pfund 25 Pf.

Stachelbeeren
unreif Pfund 42 Pf.

Stachelbeer-Marmelade
leicht gefärbt, I. Sorte ... Pfund 70 Pf.

Obst und Gemüse
Kirschen.....Pfund 80 Pf.
Erdbeeren.....Pfund 1.20, 1.40
Zitronen.....Dutzend 45, 55 Pf.
Radies'chen.....5 Bund 20 Pf.
Grüne Gurken.....Pfund 32 Pf.
Rhabarber.....3 Stangen 20 Pf.
Salat.....3 Kopt 20 Pf.

Schellfische
Pfd. 80, 90 Pf.

Rotzungen
Pfund 78 Pf.

Herren-Socken 48, 65, 85 Pf.
graumeliert, Fuss ohne Naht, Paar

Herren-Artikel

Herren-Socken 58, 75, 95 Pf.
farbig gemustert Paar

Oberhemden farbig, mit festen Manschetten, moderne Muster 3,95
Sporthemden weiss, mit Stehmulde oder Schillerkragen 4,95, 6,50
Sportkragen weiss, weich Stück 60 Pf.

Hosenträger Gurt mit Gummi-Rückenteil 95, 1.45, 2.50
Krawatten Selbstbinder, breite, offene Form, neue Muster 95, 1.45, 2.25
Strohüte Matelotform in verschiedenen Geflechten 2.45, 3.75, 4.95

Strohüte mit Bandgarnitur 1.95, 2.95, 3.75
Strohüte für Knaben, mit Bandgarnitur 1.45, 2.25, 2.95
Strohüte für Kinder, Matrosenform, mit Bandgarnitur 1.45, 1.95

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Petersburger Viertel. Bez. 350.
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Genosse, der Bauarbeiter **Bernhard Schallock**
Petersburger Str. 14,
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Di-Richthofes in Ehrenfeld aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Kollege, der Schlosser **Louis Heiß**
Barthauer Str. 11
am 3. Juni gestorben ist.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, dass unser Kollege, der Schlosser **Adolf Böhnke**
Lurmer Str. 37
am 4. Juni gestorben ist.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, dass unser Kollege, der Radler **Karl Kindler**
Reußstr. 84
am 5. Juni gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
119/5 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Gesundbrunnen.
Am 6. Juni starb unser Mitglied, der Radfahrer **Wilhelm Menzel.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Birchow-Krankenhaus nach dem alten Pauls-Kirchhof in der Seefraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der Deutschen Wagenbauer.
3. u. G. Berlin, Bezirk 8.
Hiermit die traurige Nachricht, dass unser Mitglied **Wilhelm Menzel**
am 6. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 10. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Birchow-Krankenhauses aus nach dem alten St. Pauls-Kirchhofe statt.
N. N.: Die Ortsverwaltung.

Volks-Feuerbestattungs-Verein

Groß-Berlin.
Am Mittwoch, den 7. Juni, verstarb unser Mitglied, Herr **Friedrich Kullick**
Berlin, Bahstr. 17.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet heute Sonnabend, den 10. Juni, nachmittags 11 Uhr, im Krematorium, Gerichtsstr. 87/88, statt.
Rege Beteiligung erwartet
284/14 Der Vorstand.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Dankfagung.

Für die zahlreichen und liebevollen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, meines guten Vaters
100%
Otto Engelmann
lagen mir allen Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen und Kolleginnen der Deutschen Arbeiter- und Munitionsfabrik, Herrn Meister Bedmann unseren aufrichtigsten Dank.

Ww. Anna Engelmann
nebst Sohn Georg.

Nur für Herren
und Junglinge, welche sich hübsch kleiden wollen, empfehlen wir aus feinsten Modestoffen zurückgesetzte Anzüge M. 18 bis 45, Paletots M. 16 bis 38, Hosen M. 6 bis 12. Gesellschaftsanzüge sehr preiswert.
Deutsches Garderobehaus,
Gross Frankfurter Strasse 118. I.

Reste Damen-tuche, schwarz u. farbig. Kostüm-Stoffe in Kammgarn, Eolienne, Cheviot usw. Buckskins zu Herren- und Knabengarderobe, Seidenstoffe, Sammete, Futterstoffe all. Art, Besatzartikel.

Konfektion Kostüme, Paletots, Staubmäntel, Jacketts, Regen-Paletots und Pelierine. Kostümröcke Maßanfertigung unter Garantie für guten Sitz.

C. PELZ Berlin SO
Kottbuser Straße 5.

Zum Ausflug!
Lade meine besten Freunde und Genossen höflich ein nach Tegeler Ort, zum Lindenbaum.
7875*
Max Goebel.

Passendes für stärkste Figuren in allen Abteilungen. Auswahlen nach ausserhalb gegen Anzahlung.

Billige Preise!!!

Modell-Kostüme
das Schönste auf dem Gebiete, prachtvolle Stoffe und Ausführungen, Taffel, Seide, Kammgarn, Phantasiestoffe
120,- 90,- 60,- 45,- 35,- 24,- 18,-

Seidenmäntel
Imprägniert, Prachtexemplare, weisse Glockenschulter, entzückende Formen, Gloria, Haitienne, weisse Seide, federleicht
70,- 60,- 42,- 30,- 24,- 18,-
Schwarze Seidenmäntel, kurz u. lang
100,- 75,- 60,-

Entzückende Gummimäntel
mit Kappe in den wunderbarsten Farbentönen, blau, grün, roseda, top, weinrot, kariert, Wolle, Seide, Gloria, Popelin etc.
65,- 45,- 35,- 24,- 20,- 15,-

Feinkörper-(Koverkot-) Mäntel
feuchte Glockenformen, auch glatt, wanderbare Stoffe
45,- 35,- 30,- 24,- 20,- 17,-
Lodenmäntel 27,- 20,-
Lodenkostüme 45,- 35,- 30,-
Wunderbare Taffel-Jackes 25,-

Meine Winter-Angebote — Billige Preise!
Entzückende Filzschmütel, lang und halblang
150,- 100,- 80,- 60,-
Echte Filzmäntel, beste Felle
600,- 400,- 280,-

Mollige Ulster, weiche Stoffe, die besten Fabrikate
75,- 60,- 45,- 35,-
Gediegene Wollfilzschmütel
65,- 60,- 50,- 45,-

I. Geschäft
Mohrenstrasse 37a
(Kolonnaden)

II. Geschäft
Gr. Frankfurter Str. 115
(nahe Andreasstrasse)

WESTMANN

Rahatmarken der Konsumgenossen nachst Berlin und Umgegend

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Nata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10-1 und 5-8.

Kennen Sie die Wohltat
einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager
resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller
Art.
Artikel z. Gesundh.- u. Krankpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lotzinger Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Gebisse höchstzahlend,
dem Hause 8582*
kauft in u. außer
Kaiserstraße 8, Hof I.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Alkoholf. Getränke
Franz Abraham
Hart. Messing- u. Römertrank-Koll.
C. 21 Berlinstr. 8a, Fernsp. Kgl. 19705

Bade-Anstalten
Central-Bad
Noukollin
Kronenrunderstr. 26.
Koppenstr. 93
sämtliche Bäder.
Olena-Bad
National-Bad, Brunnenstr. 1.
Passage-Bad
Kottbuser-Damm 73.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Bäder- u. Konditorien
Fr. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Troptow
Geogründet 1892.
F. Kiewewetter, Schönebergstr. 16.
Felix Kynast, Dänenstr. 5.
G. Meier, Grünherweg 27.
Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 26.
Turban
Filialen in allen
Stadtteilen.
Emil Werk, Samariterstr. 6.
Otto Wolff, Troptow, Kröllstr. 16
Zachas, Gr.-Lichterf., Chausseest. 81a
Paul Zastrow, Stromstr. 34.

Bandagen, Gummw.
R. Kraus, Stralauer Str. 55.
E. Kraus, Köpenickerstr. 44.
A. E. Lange, Brunnenstr. 164

Er erscheint 2 mal wöchentlich.
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.
August Holtz
15 Detail-Geschäfte.
Herm. Kuaert, Culmstr. 29

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Kosmalla, E., 4
Detail-Geschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43
Uhly & Wolfram
Cigarrenfabrik
JUHL
250 GESCHÄFTE
J. Neumann
200 Niederlagen

Bierbrauerei, Bierhandlung
Brauerei Bützow
empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Ranges.
Osw. Berliner
Ur-Berliner, hell und dunkel
C. Habels Brauerei
hell - Nebelbräu - dunkel.
Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasenstr. 97 Tel. Kgl. 1991, 1992
Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Britz, Badewerstr. 5a
Essigfabriken
Timmer-Essig
überall erhältlich!

Cacao, Schokolade, Confitüren
SAROTTI
Kakao und Schokolade
preiswert
beliebt in jedem Haushalt.
Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Rühlmann, P. Möllerstr. 40b, E. Seest
Fleisch- u. Wurstat.
W. Beck
Inh.: Herm. Gerbach
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69
Fleisch- und Wurstatfabrik
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
Otto Kougel, Alte Jacobsstr. 20
Ludwig, Joh. Fleisch- u. Wurstatfabr.
Hüte, Hülsen, Pelzwaren
Schoer, Herm., Wilmersd.-Str. 46
Vester, E.
Kottbuser-Damm 14/19
Herren- u. Knabengard.
Hedstr. 26, Ecke
Prinzen-Allee.
J. Baer
Rosenthalerstr. 1.
Eckhaus Lindenstr.
Leske & Stupecki, Schick-Allee 7

Kolonialwaren
Fritz Köhner, Schönebergstr. 11.
Kaffee-Rösterei
A. Zuntz sel. Wwe.
Filialen und Niederlagen
in allen Stadtteilen
Nur reelle Qualitäten
Angebot verlässliche Spezialitäten
Kaffee, Tee, Kakao
und **Schokolade** etc.
Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengelmann
Mehlhandlungen
Bethke, Georg,
Kottbuser-
str. 44-
Senkölle, Elberstr. 33, Kaiser-Friedr.
Str. 44, Weiserstr. 189, Friedenstr. 33
Troptow, Grün-Str. 64.
Gaede, Otto
Charlotten-
burg,
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
W. Wrang elstr. 75
F. W. Sichter
Ecke Currystr.
Kurz-, Weiß-, Woll-, Trikotage,
Hermann Meyer, Schönebergstr. 11.
Photogr. Apparate
M. Albrecht
50, Gellertstr. 2.
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.

Molkereien
„Schweizerhof“
Meierei und Milchkuranstalt.
Enderer Str. 48 u. Tel. II 2565.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Nähmaschinen
Göllnowstr. 20

Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.
Optiker, Mechaniker
Groß, Paul, Warschauerstr. 84.
Schubert, Carl, N. Kl. B. Str. 148
Weine, Liköre, Fruchtäfte
Sugo Beling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co., Act. Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Underberg
Bismarck
SEMPER IDEM
anerkant bester Bitterlikör

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21 u. 22
Ältester und grösster
Milchwirtschaftlicher
= Grossbetrieb =
Schreibwaren
O. Prochnow, Köpenickerstr. 19
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-
Sicherbekenversicher. str. 2
Wirtschaftl. Etablissem.
O. Rohloff, Berl. 1, Brandenburgerstr.
Original-Schultheiß-Ausschank
Alexanderpl., Rich. Schöndles.
Mahldorf
Frau A. Pagel, Kolonnenstr. 11
Marionderl
H. Wagner, Köpenick, 11, Finken-Werstr.
Spandau
Schwarze, Köpenick, 11, Finken-Werstr.

Aus Groß-Berlin.

Ein schwerer Entschluß.

Im Magistrat wogen die Meinungen über die Zweckmäßigkeit des Erwerbes von Kugeln eines Kohlenbergwerks hin und her.

Seife gegen Brotkruste. Es ist die Auffassung laut geworden, daß auf die von einer Gemeinde abgegebenen Brotkrusten nur in eben dieser Gemeinde Seife verkauft und entnommen werden darf.

Eine Anweisung für die Ruderer

ist durch die Strom- und Schiffsverkehrs-Aufsichtsbehörde ergangen und befaßt folgendes:

- 1. Auf dem Wasser geradeaus steuern.
2. Stets rechts fahren und rechts ausweichen.
3. Dampfmaschinen, Röhren, Segelboote und Motorboote aus dem Wege fahren, nicht unnötig die Schiffsfahrstraßen kreuzen.

Fiskus wider Charlottenburger Magistrat.

Das den Zwecken der Normal-Einkommenskommission dienende Grundbuch war vom Magistrat der Stadt Charlottenburg bei der Heranziehung des Reichsfiskus zur Gemeindegeldsteuer übertragen worden.

Der Reichsfiskus, vertreten durch den Reichsfinanzrat und das Reichsamt des Innern, socht die Nachberanlagung des Grundbuchs für das Jahr 1913 hinsichtlich jenes Grundbuchs vor.

Der Bezirksausschuß wies die Klage des Fiskus ab. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte dies Urteil mit folgender Begründung:

Der erste Einwand des Fiskus sei zu verwerfen, weil das Gesetz keinen Unterschied darin mache, aus welchem Anlaß ein Steuerpflichtiger übergegangen sei, ob aus Versehen oder aus welchem Grunde sonst.

Eröffnung der Schöneberger Volkstüchen.

Wie wir schon berichteten, will die Schöneberger Stadtverwaltung die Massenverteilung nicht mit fahrbaren Küchen, sondern mit stehenden Küchen durchführen.

In der Begrüßungsrede wies Oberbürgermeister Dominicus auf die guten Erfahrungen hin, die Hamburg mit der Massenverteilung gemacht habe, wo täglich in stehigen Küchen über 100 000 Menschen gespeist würden.

Die finanziellen Kosten der Volkstüchen, die vom Volkstüchenverein verwaltet werden, habe die Stadt übernommen, während die Kosten der Mittelstandstüchen aus dem Verkauf der Portionen à 60 Pf. bestritten werden müßten.

In nächster Zeit werden noch im Schöneberger Rathaus und im Friedenauer Ortsteil zwei weitere Küchen errichtet.

Butter für Kranke und Speisewirtschaften in Charlottenburg.

Während die Reizuziehenden und Urlauber in Charlottenburg ihre Butterarten durch die Protokommissionen erhalten und mit dort ausgeteilten besonderen Bescheinigungen an die Filialen der Buttergeschäfte von Reichelt, Gebr. Manns und Vereinigte Pommerische Meiereien geliefert werden, sind die Charlottenburger Kranken und die dortigen Speisewirtschaften, denen Butterzufuhren bewilligt werden, berechtigt, diesen Butterbedarf bei ihrem alten Händler, d. h. demselben, in dessen Kundenliste sie schon eingetragen sind, auch weiterhin zu decken.

Kartoffelknappheit.

Ueber Kartoffelknappheit wird in Berlin und zahlreichen Vororten lebhaft geklagt. Die Hausfrauen laufen von Geschäft zu Geschäft, um schließlich gegen Mittag — ohne Kartoffeln nach Hause zu kommen.

Vorspiel zu einer neuen Preisverhöhung darstelle, wie das auch früher der Fall gewesen sei. Erst wenn höhere Preise festgelegt waren, gab es auch wieder Kartoffeln.

Aufhebung der Sonntagsruhe.

Das Oberkommando in den Marken teilt mit: Für alle Arbeiten, die der Verladung und Beförderung von Kartoffeln dienen, werden die Bestimmungen über die Sonntagsruhe am Sonntag, den 11. und Montag, den 12. Juni in Berlin und der Provinz Brandenburg außer Kraft gesetzt.

Graupen und Griech. Durch die Graupen- und Griech-Zentrale sind der Stadt Berlin Griech, Graupen und Grüge überwiesen worden. Die Waren sind im Handel erhältlich, werden jedoch nur an Einwohner des Stadtbezirks Berlin (nicht der Vororte) abgegeben.

Pfingstsonnabend, 1. und 2. Pfingstfesttag fällt die juristische Sprechstunde aus.

Das Märkische Museum bleibt am Pfingstsonntag geschlossen. Am Pfingstmontag ist es wie an allen Feiertagen von 10—3 Uhr geöffnet.

Der Sängerkorps Wedding veranstaltet am Sonntag, den 11. Juni (1. Pfingstfesttag), ein Vokal- und Instrumental-Frühkonzert im Friedrich-Wilhelmstädtischen Konzertgarten, Chausseest. 80/81.

Aus den Gemeinden.

Sozialdemokratische Lebensmittelinterpellation in Reinickendorf.

Mit Lebensmittelfragen beschäftigte sich die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung. Einstimmig wurde folgender von unsrer Genossen gestellter Antrag angenommen: Die Versorgung der Bevölkerung mit den allernotwendigsten Lebensmitteln stößt auf immer größere Schwierigkeiten.

In der Aussprache über diesen Antrag wiesen unsere Genossen auf die gänzlich unzureichenden Maßnahmen der Regierung hin und kritisierten an Hand von Beispielen aus der letzten Zeit die Einfuhrpolitik der J. E. G.

Da die Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln eine besondere, vor allem kaufmännische Organisation erfordert, so beschließt die Gemeindevertretung eine besondere Lebensmittelabteilung zu errichten.

Die Gemeindevertretung genehmigte ferner einen Beitrag wegen Uebernahme von Rührarbeiten zur Beschäftigung von Heimarbeiterinnen.

Aus der Pankower Gemeindevertretung.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde anstelle des mit Ablauf seiner Amtszeit ausgeschiedenen Gemeindegliedes Schulze der Gemeindevertreter Fabrikbesitzer Korte gewählt.

Das Schmerzenskind Pankows, die Berliner Straße, deren Regulierung durch den Krieg abermals ins Stocken geraten ist, bildet dann den Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen.

Stadtverordnetenversammlung in Spandau.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, richtete die liberale Fraktion eine Anfrage an den Magistrat, ob es sich bewahrheitet, daß größere Mengen verdorbener städtischer Fleischwaren beschlagnahmt worden seien.

Schlachthof zur Unterbringung der großen Lebensmittelvorräte nicht ausgereicht habe und infolgedessen ein Teil der Fleischwaren nach dem städtischen Wafferturm gebracht werden mußte.

Der spätere Beginn der Wochenmärkte um eine Stunde wurde mit der eigenartigen Begründung verlangt, daß die Berliner Arbeiter morgens um 6 Uhr nach Beendigung ihrer Nachtdienst die Märkte aufsuchen und größere Mengen von Obst und Gemüse aufkaufen, so daß für die Spandauer Hausfrauen nicht mehr viel übrig bleibe.

Zur Beschaffung von 80 Paketzügen wurden 10 000 M. aus der Kriegsanleihe beivilligt. Der größte Teil der Züge wird an hiesige Einwohner gegen sofortige Bezahlung der Selbstkosten abgegeben werden.

In einem Schreiben der Königlich-kriegerischen Artilleriewerkstatt an den Magistrat wurde beantragt: Eine Ausdehnung des Sparzwanges auf alle minderjährigen Arbeiter und Auszahlung des Wochenlohnes an jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen nur an deren Eltern bzw. Vormünder.

Soziales.

Kriegspatenschaften.

Mit Nachdruck wird in weiten Kreisen verlangt, daß die wirtschaftliche Zukunft der ihren Stützen beraubten Kriegerfamilien sichergestellt werde.

In letzter Zeit ist der Gedanke der „Kriegspatenschaft“ aufgekommen. Jemandem Person übernimmt die Patenschaft für ein Kriegerkind in der Weise, daß sie sich verpflichtet, jährlich die verhältnismäßig ja geringe Summe zu zahlen, die nötig ist, um dem Kinde beim Eintritt ins Erwachsenenalter einen Versicherungsbeitrag von vielleicht 200 oder 300 M. zuzuführen.

Die Stadt Pankow hat in diesen Tagen 3000 M. hierzu bewilligt, und es ist hervorgehoben, daß die damit versicherten Kinder später dem Handwerk zugeführt werden sollen.

An die Uebernahme wäre aber die Bedingung zu knüpfen, daß die Witwe mit ihren Kindern auf dem Lande wohnen bleibt.

Die sogenannten Kriegspatenschaften sollen also bestimmten Zwecken dienlich gemacht werden, man verfährt gewissermaßen auf Jahre hinaus über ein junges Leben, dessen Entwicklung man gar nicht genau voraussehen kann.

Die Bekämpfung der Landflucht mit solchen Mitteln kann wiederum einzusetzen, sieht wenig verheißungsvoll aus.

Berichtszeitung.

Erwischte Brotkrustendiebe.

Auf die Räume der B. Protokommission, die sich in der Schule in der Lieckstraße befinden, scheinen es Eindrehler besonders abgesehen zu haben.

Schon Anfang April dieses Jahres wurde dort einmal ein Einbruch verübt, bei dem den Eindringlingen gegen 800 Brotkrusten in die Hände fielen, ohne daß es gelang, der Täter habhaft zu werden.

Gestohlenes Brot.

Einen jäuwahhaften Handel mit gestohlenem Brot hatte der Arbeiter Gustav Funke betrieben, der gestern als vielfach vorbestrafter Dieb vor der 3. Strofkammer des Landgerichts I erscheinen mußte.

In der ersten Woche des Mai hatte er in der Marzlinstraße von einem Bäckerwagen aus Brot für 70 Pf. ohne Brotmarken verkauft, das reißenden Absatz fand. Der Verkauf fand eine jähe Unterbrechung. Ein Bäckermeister erschien nämlich auf der Bildfläche, der unter allen Zeichen des höchsten Jornes gegen den Weiterverkauf Einspruch erhob und das Brot mit samt dem Wagen als sein Eigentum reklamierte. Es stellte sich heraus, daß der billige Mann den Wagen mit seiner Ladung an der Ecke der Zimmer- und Marzlinstraße gestohlen hatte, als er dort wenige Augenblicke unbeaufsichtigt stand. Der Angeklagte war einen Monat zuvor aus dem Zuchthaus entlassen. Der Staatsanwalt beantragte deshalb gegen Funke 5 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Ein bißchen viel für so'n bißchen Broil" meinte er. "Aber ein bißchen viel, was Sie gestohlen!" erwiderte der Vorsteher und auch das Gericht, indem es ihn nach dem Antrage zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilte.

Aus aller Welt.

Russische Gefangene auf einem sozialistischen Leichenbegängnis.

Dem Bericht über das Leichenbegängnis des kürzlich verstorbenen ungarischen Genossen Karl Teszarsz, des verdienstvollen Organisations der ungarischen Metallarbeiter, entnehmen wir die interessante Tatsache, daß sich unter den 12 000 Leidtragenden auch eine größere Anzahl russischer Gefangener befand, die sich in Budapest frei bewegen können. "Es ist — schreibt hierzu die Wiener Arbeiterinnen-Ztg. — gewiß ein bedeutungsvolles Symbol, daß die Kriegsgefangenen, wenn sie Bewegungsfreiheit haben, sich dort anschließen, wo sie das organisierte, das sozialistische Proletariat treffen."

Eine anonyme Mäpfelei

Ist gegen die Konsumentenbewegung in Leipzig unternommen worden. Dort waren mit Genehmigung der Polizei vom Bezirksausschuß für Konsumenteninteressen Plakate veröffentlicht worden, auf denen die Verbraucher aufgefordert wurden, alle Hebertretungen, die sich der Handel dem Gesetz gegenüber zuschulden kommen läßt, anzuzeigen, um so dem Käufer zu Leibe zu geben. Ein reines Gewissen hatten die Kreise wohl nicht, die daraufhin folgende Wip-

psigkeit auf heimlich verteilten Zetteln zum Zwecke der Verdächtigung von Beamten von sich gaben:

Seite

Grades Theater.

Aufgeführt wird vorläufig

1. Der neue Bürgermeister.

Vorgelesen von Otto-Otto.

(Beamtet a. D.)

2. Das Volk muß sich selbst helfen.

Kriegstraumspiel in 3 Akten.

Personen:

Zwischenhändler Herr Silberlust

Redakteur Herr Klaus

Antikifer Herr Otto.

Ort der Handlung: Lindenau, Volkmarodorf etc.

Beachte haben freien Zutritt.

Pfeifen und Brüllen ist nur den dazu bestimmten Personen erlaubt, wer Steine mitbringt, erhält 10% Rabatt.

Beschauens Fenster bezahlt die Firma Otto & Klaus G. m. B. H.

Die Urheber dieses MS scheinen sich noch sehr wohl in ihrem

Stille zu fühlen. Hoffentlich lernen sie noch am eigenen Leibe verspüren, daß jetzt keine Zeit zum Wipereihen ist.

Eine unerhört Bewunderung der Keimchen hat die Preisprüfungs-

stelle in Solingen an den Pranger gestellt. Die Intendantur

des VII. Armeekorps hatte dem Pferdebesitzer Herrn. Wieden

14 Pferde im Gewicht von etwa 500 Pfund pro Stück zum Preise

von 200 M. für das ungeklüftete oder 280 M. für das ge-

klüftete Pferd verkauft. Sachverständige sagten aus, daß bei

allerumgänglicher Berechnung dem Käufer das Pfund Fleisch auf

80 Pf. zu stehen kam. Der Mann hatte die Stirn, den Armen das

Fleisch für 2 M. und Hülft für 2,20 M. zu verkaufen. Da die Haut

des Pferdes heute 80 M. gilt, so hat der Mann mindestens 400 bis

500 M. an jedem Pferd verdient. Ob sich der Staatsanwalt

dieser Sache angenommen hat, ist bis heute noch nicht bekannt

worden.

Die Sommerzeit in Frankreich. Kammer und Senat nahmen

den Entwurf über die Einführung der Sommerzeit an. Danach

wird die Zeit in der Nacht zum 15. Juni um eine Stunde vor-

Parteiveranstaltungen.

Lichtenberg. Die Parteigenossen und -genossinnen treffen sich am 1. Pfingstfeiertage, früh 6 Uhr, zum Bräutigang bei Genossen Tempel, Hauptstr. 2. Eintrittskarten sind bei den Gruppenführern zu haben.

Jugendveranstaltungen.

Friedrichshagen. Zweitägige Pfingstwanderung nach Kloster Uchritz. Abfahrt am Sonntag, den 11. Juni (1. Feiertag), früh 4 3/4 vom Bahnhof Friedrichshagen. Fahrpreis gratis 3 M. Brot, Decken, Strohdecken usw. sind mitzubringen. Genossinnen und Genossen, welche an dieser Wanderung teilnehmen wollen, werden gebeten, sich pünktlich einzufinden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 11. Juni, vormittags 11 Uhr: Kleine Prediger Straße 6: Vortrag des Herrn Ernst Dänning „Der neue Geist“.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 6 bis 8 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Quittbeleg und eine Kopie als Belegstücke beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Billige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Quittbelege und dergleichen bringt man in die Sprechstunde mit.

Pfingstsonntag, 1. und 2. Pfingstfeiertag fällt die juristische Sprechstunde aus.

E. S. S. 1. Die staatlichen Versicherungsbeiträge, Feuer- und Lebensversicherung. 2. Sie können von den Firmen eine Lohnbescheinigung einfordern. 3. Nein, Sie werden dann eventl. von der Steuerbehörde dazu aufgefordert. — A. J. Transvaalstr. 2. Der Arbeitgeber kann dazu nicht gezwungen werden; Sie müssen das in der Reklamation angeben, dann werden von der Steuerbehörde Schuldlagen beim Arbeitgeber eingezogen. — C. 30. Wegen der Auszahlung der Rente werden Sie sich noch etwas gedulden müssen, die Anmeldeung der Zahlung dürfte in den nächsten Tagen erfolgen. Sie müssen der Steuerkasse, von der über die Familienunterstützung bezogen wurde, von Ihrer Entlassung Mitteilung machen. — 4. D. 1. Wenn die ärztliche Behandlung für notwendig erachtet wird, können Sie sich für nicht entscheiden. 2. Bedenken Sie sich mit Ihrem Antrag an das Generalkommando. 3. Die Adresse ist: Lindenstr. 3. — M. S. 11. 1. Die Unteroffizier Ihrer Frau ist unglücklich, sie hat sich deshalb nicht für die Rente entschieden. 2. Der Wert kann zur Annahme von Abzahlungen nicht gezwungen werden. 3. Der Wert hat Anspruch auf Rente bis zum Ablauf des Vertrages. 4. In der Praxistage dagegen, im Plenum für. — C. R. 99. 1. Ja. 2. Nein. — G. S. 986. Für die Zeit Ihrer Einkommensprüfung oder wird erhoben. — J. S. 21. Ihre Frau möchte sich mit einer Beschwerde an das Militärtribunal des Regiments Berlin, Klosterstraße 68, wenden. — G. S. 24. Durch das Einwohner-Regiment, Alexanderstr. 3-6. Die Kosten betragen 50 Pf. Die Militäradresse können Sie beim Bezirkskommando erfragen. — G. H. 100. Wenn der Wert des Streitgegenstandes 50 Mark nicht übersteigt, braucht die unterliegende Partei die gegnerischen Anwaltskosten nicht zu tragen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Jämlich warm, etwas heiter, aber besonders mit leichten Regenschauern; frühzeitig Gewitter.

Sport-Paletots von 42 bis 70 Mk.
Jackett- und Rock-Anzüge
von 28 bis 68 Mk.

M. Schulmeister
Berlin SO, Dresdener Str. 4
Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Jünglings-Anzüge von 18 bis 48 Mk.
Knaben-Anzüge in Größe von Nr. 0 bis 12
zu billigsten Preisen.
Trotz steigender Teuerung der Stoffe halte ich die billigen Preise aufrecht.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden
Ersuchen Sie sich selbst einmal. Unentgeltliche Geschäfte empfehlen sich bei Nichtwissen.
Bäcker u. Konditoreien
Bäckerei Nordstern
Inh. Gust. Müller
Friedrichshagen, Oststr. 1, P. 1
P. Radloff
Nikol. Allee, Allee 17
Ackerstr. 10, Kottbus
Frisch-Gewürzwaren
Paul Müller, Friesenstr. 22
E. Reuber
Karlshagen 16
F. Fischer, u. A. Fischer
Solange der Vorrat reicht
Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung
Berlin, Lützowstr. 94
Verlangen Sie Preisliste

Wanderbücher
in die Umgebung
von Berlin, ebenso
Wanderkarten
zu herabgesetzten
Preisen sind vor-
handen in der
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68 :: Lindenstrasse 3
Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch Pichelswerder,
an der neuen Seerstraße

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen
Ersuchen Sie sich selbst einmal. Unentgeltliche Geschäfte empfehlen sich bei Nichtwissen.
Brauereien
Adelung & Hoffmann
Akt.-Brauerei Potsdam
Hilf. Niederlag. Berlin SW. 47
Kronenstr. 22, Brand-
denburg a. H., Wilhelms-
dammstr. 75
Spez.-Potsdam-Stangen-
bier Bürgerbräu.
Fleisch- u. Wurstwaren
Georg Dabelow
Potsdamer
Strasse 76b
Gelegenheitskäufe
Hud. Flatauer, Alt-Moab. 110
Solange der Vorrat reicht
Weine, Fruchtsäfte, Liköre
E. & M. Leydicke
Mansteinstr. 4
Mehl, Kolow.
Mehl, Kolow.
Wilmersd. Str. 40 81
O. Grätz
Schouw.-Lag. Rep.
bill. Lützowstr. 7
Nowawes
A. Kieper
Friedrichstr. 28
Damen-Nieder-Konfektion
Spanien
Paul Gaege Mehl und
Kolonialw.
Breitestr. 57, Schönwalder-
str. 1214, Pichelsdorferstr. 12
Haus- und Küchengeräte
Hermann Finck
Königsplatz, Schönwalderstr. 57
Alfred Bartels, Breitestr. 38
Schirme, Leder, Drechselw.
A. Markgraf, Brückstr. 11 Eck
Fischer-Lag. Gts. Pichelsd. 60
Goldschmiedemst.
Ad. Tornow Markt 110, Georg. 1530

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

- Centrum: Albert Habnisch, Adlerstr. 174, am Kopenplatz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- 2. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Körwaldstr. 42, an der Gneisenaustraße. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- 3. Wahlkreis: St. Friedrich, Bringenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- 4. Wahlkreis: D. H. H.: Robert Bengels, Marzlinstr. 33. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr. — Karl Reile, Petersburgerplatz 4 (Laden). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- 4. Wahlkreis: S. O. H.: Paul Böhm, Kaufplatz 14/15. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- 5. Wahlkreis: Leo Sucht, Immanuelstr. 12 (Ost). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- 6. Wahlkreis (Noabit): Salomon Joseph, Wilhelmshavenstr. 48. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wedding: H. H. H. H., Adlerstr. 14a, Hof rechts Str., Laden. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: K. Bolger, Weißstr. 9. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Gesundbrunnen: Fischer, Poststr. 6, Laden. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Schönhauser Vorstadt: Karl Ratz, Greifshagenstr. 22. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Adlershof: Karl Schwarze, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Alt-Glienicker, Falkenberg: Wilhelm Dörre, Friedrichstr. 46.
- Baumschulweg: G. H. H. H., Marienhaler Str. 13, 1.
- Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Dörre, Wilmersd. 5, Laden.
- Bohnsdorf: Paul G. H. H., Bohnsdorf, Gneisenaustr. 10, Laden.
- Charlottenburg: Gustav Schornberg, Seifenmeister Str. 1. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Eichwalde, Schmöckwitz: D. Star, Adlerstr. 37.
- Erkner, Neu-Zittau: G. H. H. H., Waldstr. 11.
- Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf: H. H. H. H., H. H. H. H., Petershagen.
- Friedenau, Steglitz, Südende: G. H. H. H., H. H. H. H., 5 in Steglitz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Bertmann, Friedrichshagen, Röhrenstr. 18.
- Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
- Johannisthal, Rudow: Ray G. H. H. H., H. H. H. H., 23.
- Karlshorst: Hermann Billing, Dönhofsstr. 23.
- Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme: Friedrich Baumann, Ludenwalder Straße 5.
- Köpenick: Emil Böhler, Riegerstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
- Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seidel, Gartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: K. H. H. H., H. H. H. H., 55. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: G. H. H. H., H. H. H. H., 17.
- Mariendorf, Marienfelde: August Reip, Chausseestr. 29.
- Neuenhagen, Hoppegarten: H. H. H. H., H. H. H. H., 14.
- Neukölln: E. H. H. H., H. H. H. H., 2. im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr; Reukölln, H. H. H. H., H. H. H. H., 23/29. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Nieder-Schönweider: Wilhelm Lurus, Bräudenstr. 10, II.
- Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
- Ober-Schönweider: H. H. H. H., H. H. H. H., 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: H. H. H. H., H. H. H. H., 30. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Reinickendorf - Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: G. H. H. H., H. H. H. H., 56, Laden. Geöffnet von 11-12, u. 4 1/2-7 Uhr.
- Schenckendorf, Königs-Wusterhausen: H. H. H. H., H. H. H. H., 10.
- Schöneberg: Wilhelm D. H. H. H., H. H. H. H., 9, im Laden. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Spandau, Nonnendamm: G. H. H. H., H. H. H. H., 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul H. H. H., H. H. H. H., 10. Geöffnet von 11-12, u. von 4 1/2-7 Uhr.
- Teltow: H. H. H. H., H. H. H. H., 2.
- Tempelhof: Joh. H. H. H., H. H. H. H., 62.
- Treptow: H. H. H. H., H. H. H. H., 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Weißensee, Heinersdorf: G. H. H. H., H. H. H. H., 11.
- Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul H. H. H., H. H. H. H., 27.
- Zeuthen, Mariendorf: H. H. H. H., H. H. H. H., 15.
- Zossen: H. H. H. H., H. H. H. H., 27.

Central-Haus Jägerstr. 13 I.
Conc. Leihhaus
Von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots u. Ulster, 12, 15, 18, 20, 25 bis 36 M., Prima. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesenposten Kostüme und Damen-Mäntel, auf Seide, enorm billig. Extrangebot in Lombard gewesener Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen.
„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.